

# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.  
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
Leipzig  
Zeilher Straße 32, IV., Volkshaus  
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einspaltige  
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen  
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.  
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 23.

Sonnabend, den 8. Juni 1912.

16. Jahrgang.

## Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Das „wilde“ Akkordwesen in der Steinindustrie. — Aus dem Beuchaer Hartsteingebiet. — Der moderne Sklavenhandel in Deutschland. — Die man verlegte Arbeiter zu Simulanten stempelt. — Korrespondenzen. — Ueber gutes und schlechtes Bauen. — Steinausschreibungen. — Rundschau. — Gedicht: Aufwärts! — Quittung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-Änderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Wirtschaftliche Rundschau. — Eine verunglückte Streikbrecherjagd. — In der Steinarbeiterhölle zu Belphe. — Die Entscheidung des Papstes in der Gewerkschaftsfrage. — Feuilleton: Der Verkehr auf den Landstraßen des römischen Reiches. II. — Ueber das Altern und Sterben der Gebirge.

## Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

**Gesperert sind:** Gera: Granitwerk Korb & Löpelmann. — Magdeburg: Fa. Furcht. — Hartmannsdorf: Firma Hoffmann. — Höchst i. Odenw.: Firma Schwan. — Saucha a. d. Unstrut: Blas Heinisch. — Lüttschubach: Granitwerk Cereghetti. — Augsburg: Blas Schülein.

**Saibach.** Bei der Firma Johann Karl sind die Steinmehnen in den Streik getreten.

**Mainz.** Die Marmorarbeiter haben durch den Streik eine angemessene Lohnzulage erreicht. Gesperert ist die Firma Grünwald.

**Kesselbach-Dondorf (Ober-Hessen).** Die Lohnbewegung der Basaltsteinmehnen ist mit Erfolg beendet. Die Dauer des Vertrags beträgt ein Jahr. Beteiligt sind an dem Abschluß 75 Steinmehnen.

**Reinheim (Odenwald).** Der Streik bei der Firma Frohmann & Co. dauert fort. Die Firma hat von der bekannten Streikbrechervermittlung in Hamburg „Ersatz“ bezogen.

**Kaltthaus (Schlesien).** Mit dem Pflastersteinbruchbesitzer Nathan Schall konnte ein umfangreicher Tarif, welcher für 200 Kollegen gilt, erstmalig zum Abschluß gebracht werden. Im Tarifbau sind die verschiedensten Gesteinslagen dementsprechend gewürdigt worden.

**Jena.** Die Verhandlungen sind als gescheitert zu betrachten. Die Kalksteinbetriebe bleiben gesperert.

**Bangensalza.** Im Grabsteingeschäft Nitsche haben die Kollegen die Arbeit niedergelegt.

**Oberdorf.** Die Firma Schilling beabsichtigt, bei schlechten Bruchstellen den Brechern den Stundenlohn nicht mehr zu zahlen.

**Stuttgart.** Die Verhandlungen mit den Grabsteinfirmen führten zu keinem Resultat; der Streik wurde beschlossen. Auch mit den Marmorgeschäften ist eine Verständigung noch nicht zustande gekommen.

**Nordendorf.** Die Lohnverhandlungen sind gescheitert; 30 Kollegen sind in den Streik getreten.

**Seebach (Schwarzwald).** Bei den Granitwerken Seebach sind sämtliche Arbeiter in den Streik getreten. Zugang von Pflastersteinmachern nach hier ist streng fernzuhalten.

**Bayrischer Wald.** Der Bezirkstarif für das Granitgebiet des Bayrischen Waldes ist am 11. Mai erneut zum Abschluß gekommen. Für Monumentalarbeiten ist Flächen- und Gliederberechnung zugrunde gelegt.

**Wurzen, Grimma, Falkenhain und Ködnitz.** Der Streik der Pflastersteinarbeiter wurde am 4. Juni abgebrochen. Ein Tarif konnte diesmal noch nicht erreicht werden. Während des Streiks kamen ca. 3400 Eisenbahnwaggonladungen weniger zum Versand. In den Schlußversammlungen am Dienstag herrschte trotz des Abbruchs eine begeisterte Stimmung.

**Häslacht und Döhdorf (Schlesien).** Für 830 Granitarbeiter haben hier am 29. Mai erstmalig Tarifverhandlungen stattgefunden. Es ist zu erwarten, daß eine völlige Einigung in der Sitzung am 5. Juni zustande kommt.

**Dür-Arsdorf.** Die Granitarbeiter stehen hier seit zehn Tagen im Streik.

**Bremen.** Für die Grabsteinbranche wurde zum Steinmetzstarif ein Nachtrag (Schriftwartariff) erstmalig zum Abschluß gebracht, der für die Kollegen in einigen Geschäften annehmbare Zulagen brachte.

**Beucha.** Die hiesigen Unternehmer haben die geheime Sperre durchgeführt, indem sie gegenseitig keine Arbeiter einstellen. Zugang ist streng fernzuhalten, damit der Terrorismus der Herren gebrochen werden kann.

**Sulzern bei Kolmar (Elsas).** Den reisenden Kollegen zur Nachricht, daß der Pflastersteinbetrieb von Hartmeier infolge Differenzen zwischen der verpachtenden Gemeinde und dem Unternehmer eingestellt wurde. Die Kollegen werden hiervon benachrichtigt, um sich unnötige Reisekosten zu sparen.

**Kostod.** Die Steinmehnen, Schleifer und Hilfsarbeiter stehen hier in Lohnbewegung. Die bisherigen Verhandlungen haben zu keinem befriedigenden Resultat geführt.

In Oesterreich-Ungarn sind gesperert: Ofegg, Görkau, Tepitz (Böhmen), Stanislaw (Galizien), Wien, Cilli, Trient, Temesvar (Georg Kapfer), Pozsony, Arab, Györ, Pécs, Zombor, Ofegg (Kroatien).

## Das „wilde“ Akkordwesen in der Steinindustrie.

In den Pflasterstein- und Schotterwerken wird größtenteils noch im wilden Akkord gearbeitet. Die Arbeiter nennen diese Entlohnungsweise „wild“, weil die Unternehmer selbstständig, in ganz einseitiger Weise, die Akkordsätze festsetzen. Häufig wird dabei noch die Praxis geübt, daß für ein und dasselbe Steinquantum verschiedenartige Lohnsätze fixiert werden. Diejenigen Arbeiter, die niedrigere Akkordsätze zugebilligt erhalten, strengen nun alle ihre Kräfte an, um einigermaßen einen Wochenlohn zu verdienen. Es kommt weiter vor, daß die Löhne in den Herbst- und Wintermonaten nach Belieben wiederum gekürzt werden, trotzdem die einzelnen Steinsorten in diesem Zeitraum genau so exakt wie im Sommer angefertigt werden müssen.

Wird eine neue Pflastersteinsorte in Bestellung gegeben, so wird dem Arbeiter anfangs gutes Material zur Verfügung gestellt. Auf diese Weise können die Lohnsätze besonders niedrig gehalten werden. Ist die Zahlungsperiode vorüber, so kommt das Material zur Verarbeitung, welches schlechte Bruch- und Spaltflächen aufweist oder mit rötlichen Bändern durchschossen ist. Die Akkordlöhne werden beim schlechten Gestein nicht erhöht; beschwerten sich die Arbeiter, dann heißt es meist: „Ja, es haben die Arbeitsintensivität nachgelassen.“ Davon kann natürlich keine Rede sein, denn die Arbeitsintensivität muß beim schlechteren Gestein größer sein als beim besseren. Das wilde Akkordsystem bringt beim Arbeitsprozeß ein ungeheures Trachten und Hasten mit sich, und wir wollen absolut nicht bestreiten, daß dadurch die Unfallmöglichkeit eine recht große wird. Die Steinarbeiter sind sehr stark den Bitterungsverhältnissen ausgesetzt. Ist die Bitterung ungünstig, so sinkt dementsprechend der Wochenverdienst. Der Arbeiter sucht den entstandenen Lohnausfall durch äußerst anstrengende Tätigkeit wieder einbringen zu können. Aber in vielen Fällen benutzen die Unternehmer gerade diesen enormen Fleiß der Arbeiter, damit aus neue die Akkordsätze gekürzt werden können. Es sind uns Gebiete bekannt, wo bei verschiedenen Pflastersteinorten die Akkordsätze im Laufe der letzten Jahre per Quadratmeter um 30 bis 100 Pfg. gekürzt wurden. Die Arbeiten selbst müssen heute peinlicher als je hergestellt werden, denn die Behörden haben ein Anrecht darauf, daß ihre Aufträge in recht genauer Weise ausgeführt werden. Einige markante Lohnherabsetzungen müssen wir besonders hervorheben. In Wildemann reduzierte die Firma Sieghelm im November 1909 in zwei aufeinanderfolgenden Lohnzahlungen je 10 Prozent und erhöhte im Frühjahr die Verkaufspreise. In Ramenz (Sachsen) reduzierte die Firma Weiland im November 1911 die Löhne der Schottersteinschläger um netto 9 Prozent. Diese Firma liefert meist nur für Behörden.

Die behördlichen Organe urteilen über das Akkordwesen in der Steinindustrie in scharfer Weise, wie nachstehende drei Auslassungen aus dem bayrischen Gewerbeinspektionsbericht mit großer Deutlichkeit zeigen:

„Es wird, nach der bei der Revision erfolgten Neubeurteilung eines Unternehmers, die Lieferung um jeden Preis übernommen und danach der Akkordlohn für die Steinhauer festgesetzt.“

„In den eingereichten Arbeitsordnungen fehlen fast immer entsprechende Bestimmungen über die Art der Lohnvereinbarung, da der Stücklohn jeweils erst bei der Lohnauszahlung festgesetzt werden möchte. Die auf die erhobene Beanstandung hin dann eingesetzten Bestimmungen sind oft recht verflaumt — und finden häufig keine Beachtung.“

„An der in Steinbrüchen und Gräbereien angetroffenen oft unglücklich leichtfertigen Arbeitsweise dürfte der in ihnen übliche Akkordlohn vielfach schuld sein. Dann werden häufig, um schnell große Mengen Steine zu gewinnen und dadurch mehr Geld zu verdienen, ganze Wände unterhöhlt und zum Einsturz gebracht. . . . Es würde deshalb im Interesse der Unfallverhütung liegen, wenn die Akkordarbeit in den Steinbrüchen ganz untersagt würde.“

Im preussischen Gewerbeinspektionsbericht heißt es:

„Wegen der Schwierigkeit der Verständigung mit den inländischen Mitarbeitern und Aufsichtspersonen sind die ausländischen Arbeiter ohne Frage Unfällen in höherem Maße ausgesetzt als die inländischen Arbeiter. Hinzu kommt noch, daß die ausländischen Arbeiter vielfach Saisonarbeiter sind, die danach streben, während der Arbeitskampagne einen möglichst hohen Verdienst zu erwerben, von dem sie dann in der arbeitslosen Zeit in der Heimat zehren. Da diese Leute meist im Akkord arbeiten, ist die Folge, daß Unfallverhütungsvorschriften und Schutzvorrichtungen nicht beachtet werden.“

Ein weiteres Argument gegen die Akkordarbeit überhaupt liefert uns der Bericht der Steinbruchsberufsgenossenschaft:

„Danach ergibt sich zwingend, daß noch andre Momente in Betracht kommen, auf die — neben der Zunahme der Zahl der versicherten Personen — die ständige Zunahme der Unfälle zurückzuführen ist. Dahin gehört in erster

Linie die fortschreitende Intensivität der Arbeitstätigkeit, die namentlich in der Akkordarbeit ihren Ausdruck findet. Das Bestreben, einen höheren Akkordlohn zu erzielen, veranlaßt den Arbeiter vielfach, in vorschriftswidriger oder auch unvorsichtiger Weise zu arbeiten, wodurch die Unfallgefahr für ihn selbst wie auch für seine Mitarbeiter vergrößert wird.

Die Intensivität der Akkordarbeit führt weiter zu Überstunden, in denen die Arbeiter infolge Anspannung den Betriebsgefahren um so leichter zum Opfer fallen, ferner zum Einstellen ungelerner und ungeübter Arbeiter, die mit den Betriebsgefahren nicht vertraut sind und die damit in neue ungewohnte Verhältnisse kommen, in denen sie vor Unfällen nicht so sicher sind wie in den früheren, altgewohnten; besonders gilt dies auch für den Steinbruchbetrieb, bei dem es oft wesentlich auf die genauere Kenntnis der Gesteinsverhältnisse ankommt.“

Gerade in der Hartsteinindustrie halten die Unternehmer an dem wilden Akkordsystem fest, aber trotzdem kommen immer mehr Tarife zur Anerkennung.

Diejenigen Behörden, welche die Steinbruchbetriebe bezüglich des Arbeiterschutzes zu kontrollieren haben, wissen ganz genau, daß das Akkordwesen für die Arbeiter ungemein unsozial genannt werden muß. Wie ein roter Faden zieht sich durch die vorstehenden Zitate, daß es eine beliebte Methode der Unternehmer ist, die Lohnsätze ganz einseitig festzusetzen, um dadurch die Arbeitskräfte aufs neue im weitesten Maße ausnützen zu können. Die Arbeiter wissen, daß es die Behörden, die Steinlieferungen vergeben, nicht in der Hand haben, den Unternehmern vorzuschreiben zu können, daß die Akkordarbeit gänzlich abgeschafft werden muß! Aber diese Behörden könnten es sehr wohl durchsetzen, die Unternehmer, welche sich auf Tarifverträge nicht einlassen wollen, ohne weiteres von der Uebertragung von Lieferungen auszuschließen. Es kann nicht im Interesse der Baubehörden liegen, daß auch ferner diese tieftraurigen Entlohnungsverhältnisse, welche für die Steinarbeiter herrschen, weiterbestehen sollen.

In dem großen Pflastersteinbruchgebiet Wurzen und Grimma wurde jetzt ein sechswochiger Kampf geführt, um tarifliche Verhältnisse zu schaffen. Es ist uns das erstmalig nicht geglückt, die Forderungen unserer Kollegen durchsetzen zu können. Aber deshalb haben die Unternehmer noch keinen Grund, zu triumphieren, denn die Arbeiterchaft wird das wilde Akkordsystem bis aufs Messer bekämpfen.

## Aus dem Beuchaer Hartsteingebiet.

In unserem Granitbezirk sind sieben Betriebe vorhanden, welche von vier Unternehmern ausgebeutet werden. Die Konjunktur ist die denkbar beste. Die Verhältnisse in den Betrieben sind sehr verschiedenartig. Es ist wohl eine unbefristete Tatsache, daß der Steinarbeiter es nicht gewöhnt ist, sich jahrzehntelang bei ein und demselben Arbeitgeber festzusetzen, sondern er wird nach wie vor danach streben, dort Arbeit zu nehmen, wo die Verhältnisse für ihn am günstigsten sind. Dieses ist wohl auch ein Mittel, welches dazu beiträgt, daß dort, wo die Verhältnisse am ungünstigsten sind, diese so nach und nach etwas gebessert werden. Eine Reihe von Jahren ist nun seitens der Unternehmer auch absolut nichts gegen die „Freizügigkeit“ der Arbeiter unternommen worden; wer sein Arbeitsverhältnis lösen wollte, konnte dieses ungehindert tun. Anders jedoch zeigen sich unsere Unternehmer jetzt, sie haben ein gegenseitiges geheimes Abkommen getroffen, welches besagt, daß kein Arbeiter, der aus den Beuchaer Betrieben kommt, eingestellt wird.

Hier scheinen die Unternehmer — sie bestreiten es zwar — von ihrer Gewerkschaft (dem Steinmetzmeisterverband) einen Fingerzeig bekommen zu haben, worin zur Bekämpfung der Arbeiterorganisationen aufgefordert wird. Ich werde in dieser Annahme bestärkt, wenn ich an den Kampf der Striegauer Kollegen denke, wo es einige Jahre dauerte, ehe unsere Kollegen dieses scholle Kampfmittel der Unternehmer unmöglich machen konnten. Wir werden nun in Beucha ebenfalls versuchen müssen, mit diesem Gewaltmittel der Unternehmer aufzuräumen.

Von den Fällen der Freizügigkeitsberaubung wollen wir hier nur einen anführen. Der Kollege N. war bei der Firma Daull u. Tollert beschäftigt, löste dort ordnungsmäßig sein Arbeitsverhältnis und trat bei der Firma Günther u. Fiedler in Arbeit. Wie er dort eine Woche beschäftigt war, teilte ihm der Werkmeister Vogel mit, daß er ihm wieder kündigen müsse. Auf die Frage des betreffenden Kollegen, warum er gehen müsse, antwortete Herr Vogel: „Tollert duldet es nicht, wenn wir Leute einstellen, die bei ihm weggehen.“ Der Kollege frug hierauf bei der Firma Freißer an, ob er Arbeit erhalten könne. Freißer sagte: „Es nützt nichts, wenn ich Sie einstelle; wenn Sie ein paar Tage bei mir gearbeitet haben, dann weiß es Tollert, und dann muß ich Sie wieder entlassen.“ Freißer stellte den Kollegen nicht ein, trotzdem er in Zeitungen Arbeiter sucht. Unser Kollege mußte nun, wenn er sich nicht Tollert ohne weiteres ausliefern wollte, abreisen und seine Familie am Orte lassen, während Zureisende hier täglich Arbeit finden können. Derartige Fälle sind in der letzten Zeit mehrere vorgekommen.



Es ist somit wohl zu verstehen, wenn nun die Arbeiter ihrerseits ebenfalls Gegenmittel anwenden, um sich vor diesem Terrorismus zu schützen. In zwei aufeinanderfolgenden gut besuchten Versammlungen beschäftigten sich die Kollegen mit dieser Angelegenheit, und einstimmig wurde beschlossen, die Beuchaer Betriebe so lange zu sperren, bis die Unternehmer und die Versicherung geben, daß sie uns in unserer Arbeitszeit nicht mehr hinderlich sind. An den Kollegen selbst wird es nun liegen, daß dieser Beschluß strikte durchgeführt wird. Zu bedauern ist es, daß es in einem Bezirk wie Beucha überhaupt soweit kommen konnte. Aber die Raubheit der Kollegen bringt dies mit sich. Speziell die Kollegen bei der Firma Günther u. Fiedler sollten sich Herrn Günther zum Vorbild nehmen. Dieser Herr ist nicht nur streng organisiert, sondern er ist auch Gauleiter für Sachen. Die Kollegen würden, wenn sie ihre eigenen Interessen etwas mehr in den Vordergrund stellen, ohne weiteres zu der Einsicht kommen, daß es höchste Zeit ist, unsere Rechte besser zu wahren.

Als eine große Misere muß es für die Beuchaer Kollegen bezeichnet werden, daß noch viele Verbandskollegen Mitglieder von Klimbimvereinen sind und dort mit den uns Fernstehenden oder von uns Abgefallenen gemeinsame Sache machen. Es widerspricht den guten Sitten und Gebräuchen der Gewerkschaftler, wenn sie in dazugehörigen Vereinen als Mitglieder zu finden sind. Darum heraus aus diesen angeleglichen Vergnügungsvereinen, welche nur dazu geschaffen sind, der Arbeiterbewegung hindernd in den Weg zu treten. Nur unsere Berufsorganisation ist der Faktor, durch welchen mit Nachdruck unsern Interessen Geltung verschafft wird. Wer daran zweifelt, den verweise ich auf die Jahresberichte 1910-11. Dort finden wir, von welchen Erfolgen unsere Arbeit gekrönt war in den letzten zwei Jahren. Der Verbandstag in München hat in dieser Weise ebenfalls sehr wertvolles Material durch die gefassten Beschlüsse geschaffen. Zu wünschen ist nur, daß in den kommenden zwei Jahren unser Agitationsfeld so bearbeitet wird, wie es das Verbandsinteresse erfordert. Die reisenden Kollegen aber ersuchen wir, uns in unserem Kampfe zu unterstützen und die Beuchaer Unternehmer nicht mit Arbeitsangeboten zu belästigen. Schl.

## Der moderne Sklavenhandel in Deutschland.

Einstmals zogen, und zwar Jahrhunderte hindurch, ständig große Züge gekaufter, geraubter oder kriegsgefangener Sklaven aus den nördlichen Ländern Europas, aus Gallien, Germanien und den slawischen Gebieten, nach dem süblichen Italien, dem römischen Reiche, um in den Latifundien, in Bergwerken oder als Hausklaven verwendet zu werden. Hohe Preise wurden für die Sklaven an die Händler bezahlt, besonders für kräftige Männer oder schöne Mädchen. Zeitweilen blieben diese Sklaven — und ihre Nachkommen — Eigentum ihres Besitzers, der frei über seine Sklaven verfügen konnte, aber auch verpflichtet war, für ihre Verpflegung zu sorgen.

Weit hinter uns liegt diese antike Sklaverei, die dem Empfinden des modernen Menschen zuwider ist. Aber es besteht heute immer noch eine Sklaverei und ein Sklavenhandel, die sich nur in der Form von dem antiken Sklavenwesen unterscheiden. Noch fesseln die Gesindeordnungen das ländliche Gesinde an den Gutsherrn und versagen ihm die Rechte und Freiheiten, die der gewerbliche Arbeiter besitzt. Aber auch die Landarbeiter sind noch unfrei, zumal sie heute zu einem großen Teil aus Ausländern bestehen, denen nicht nur die politischen Rechte vorenthalten werden, sondern die auch durch die neuzeitliche Einrichtung des Legitimationszwangs in ein Sklavenverhältnis gepreßt werden. Und diese ausländischen Arbeiter werden aus fernen Ländern herbeigeschleppt, auf den Markt gebracht und verhandelt, wie einst die antiken Sklaven. Zwar wird keine Gewalt mehr angewendet, die Not und der Hunger tun jetzt den gleichen Dienst, wohl aber List und Betrug. Auch können die „Arbeitskräfte“ nach Ablauf des Vertrags wieder in ihre Heimat zurückkehren. Aber das macht die Sklaverei eher schlimmer als besser: während der antike Sklavenhalter seine Leute auch in der arbeitsfreien Zeit erhalten mußte, sind die heutigen Landarbeiter im Winter dem Hunger ausgeliefert. Und immer größer wird die Zahl dieser aus allen Ländern mit niederer Kultur herbeigeschleppten „landwirtschaftlichen Arbeitskräfte“, die der „Leutenot“ in Deutschland abhelfen sollen. In einem eben erschienenen Buch von Dr. Karl Willede über die landwirtschaftliche Arbeitsvermittlung in Deutschland (Verlag Paul Parey, Berlin) wird ein umfassendes Bild gegeben von all den Einrichtungen, die der Vermittlung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte dienen.

Mehrere Hunderttausend ausländischer Saisonarbeiter werden alljährlich nach Deutschland gebracht. Nach einer Erhebung des preussischen Ministers des Innern wurden allein in Preußen ausländische Arbeiter beschäftigt:

Jahr	insgesamt	davon in der Landwirtschaft
1905	454 000	207 000
1906	605 000	286 000
1907	733 000	258 000
1908	780 000	309 000

Von der deutschen Feldarbeiter-Zentrale wurden für sämtliche Bundesstaaten (soweit sie den Legitimationszwang eingeführt haben) ausländische Arbeiter legitimiert:

	insgesamt	davon für die Landwirtschaft
1. Januar bis 30. Septbr. 1909	565 071	335 824
1. Januar bis 30. Septbr. 1910	606 221	363 983

Alle diese Arbeiter werden durch Agenten und Werbeinstitute herbeigeschleppt, vertragsmäßig für bestimmte Zeit gebunden und durch den Legitimationszwang gezwungen, jede, auch die schlechteste, Behandlung zu ertragen. Diese Zahlen erfassen aber noch nicht vollständig die Summe der tatsächlich in Deutschland beschäftigten ausländischen Arbeiter. Denn die deutsche Feldarbeiter-Zentrale klagt in ihrem Bericht für 1909/10: „Die Kontrolle durch die örtlichen Polizeibehörden ist noch so lückenhaft, die freiwillige, aber notwendige Mitarbeit der Arbeitgeber hierbei ist noch so lässig, daß als sicher angenommen werden muß, es entziehe sich noch jedes Jahr ein nicht unerheblicher Bruchteil der ausländischen Arbeiter der Legitimierung.“ Auch ist mit Sicherheit zu erwarten, daß die Zahl dieser vom Auslande herbeigezogenen Arbeiter noch stark zunehmen wird. Denn die „Leutenot“ besteht in der Landwirtschaft nach wie vor. So

wurden z. B. am 1. Dezember 1907 in der Landwirtschaft der Provinz Hannover 18 264 Wanderarbeiter beschäftigt, von denen allein 11 424 Nichtdeutsche waren. Trotzdem fehlten der hannoverschen Landwirtschaft nach Angabe der befragten Landwirte im Sommer 1907:

Zu dauernder Arbeit . . .	12 175	landwirtschaftliche Arbeitskräfte
Zur Saisonarbeit . . .	7 265	
Zur Erntezeit . . .	20 782	

Lehndlich dürfte es überall sein. Denn die schlechte Bezahlung und die schlechte Behandlung treiben auch die letzten deutschen Landarbeiter, Aechte und Mägde, vom Lande weg.

Mindestens 300 000 der jährlich vom Ausland beschafften landwirtschaftlichen Arbeiter werden durch gewerbsmäßige Vermittler, durch Agenten herbeigeschleppt. In Preußen und Reiskosten werden für einen Saisonarbeiter bis 45 Mk. und auch wesentlich mehr bezahlt. So wurde durchschnittlich jährlich in den letzten fünf Jahren für die Vermittlung von Arbeitern vorausgabt:

Von einem Gute Westfalens . . .	25 ha groß	200 Mk.
„ „ „ Westfalens . . .	34 „ „	150 „
„ „ „ Bessen-Nassaus . . .	140 „ „	900—1000 „
„ „ „ Braunschwes . . .	100 „ „	700 „
„ „ „ des Rheinlandes . . .	300 „ „	2630 „
„ „ „ „ . . .	100 „ „	700 „
„ „ „ „ . . .	75 „ „	750 „
„ „ „ „ . . .	120 „ „	1030 „

Diese Unkosten werden natürlich wieder aus den Arbeitern herausgeschunden. Und auf der andern Seite sind diese Arbeiter der gemeinsten Ausbeutung durch die Agenten ausgesetzt, die die von allen Mitteln entblößten, der deutschen Sprache unkundigen Opfer in ihre „slawische Abhängigkeit“ bringen, wie Dr. Willede zugibt, der ganz auf agrarischem Boden steht und nur das Interesse der Gutsbesitzer im Auge hat. Diese Ausbeutung der Arbeiter wird ermöglicht durch den Legitimationszwang. Jeder der ausländischen Arbeiter muß im Besitze einer Legitimationskarte sein, die von der Polizei unter Mitwirkung der Feldarbeiter-Zentrale in den Grenzämtern ausgestellt wird, wofür die Arbeiter eine Gebühr von 2 Mk. bezahlen müssen. Für die verschiedenen Nationalitäten sind verschiedenfarbige Legitimationskarten vorgeschrieben, und zwar:

- rote Karten für polnische Arbeiter,
- gelbe Karten für ruthenische Arbeiter,
- grüne Karten für italienische Arbeiter,
- blaue Karten für niederländische und belgische Arbeiter,
- braune Karten für Arbeiter aus Dänemark, Schweden und Norwegen,
- weiße Karten für alle übrigen Arbeiter.

Sämtliche für landwirtschaftliche Arbeiter bestimmten Karten sind durch einen breiten, farbigen Längsstrieh besonders gekennzeichnet. Jede Legitimationskarte lautet auf einen bestimmten Arbeitgeber in einem bestimmten Orte. Nach dem 1. Mai werden auch keine Legitimationskarten mehr ausgestellt, weil nach diesem Zeitpunkt der Verdacht des Kontraktbruchs vorliegt. Den Arbeitern werden an der Grenze auch die übrigen Papiere abgenommen und mit einem Stempel versehen, aus dem zu erkennen ist, daß sie für einen bestimmten Unternehmer angeworben waren. Ohne die ordnungsmäßige Legitimationskarte darf kein Arbeitgeber einen ausländischen Arbeiter beschäftigen. Die Arbeiter haben also nur die Wahl, sich der rücksichtslosesten Ausbeutung und schlechtesten Behandlung ihres ersten Ausbeuters willenslos zu unterwerfen oder ausgewiesen zu werden, wobei sie dann den Verdienst des Sommers verlieren. Um zu verhindern, daß Arbeitern, denen bereits eine Karte ausgestellt ist und die sich derselben unrechtmäßig entledigt haben, während desselben Kalenderjahres eine zweite Karte ausgestellt wird, ist bei der Zentrale in Berlin eine Karteothek eingerichtet worden, die in alphabetischer Reihenfolge eine Abkürzung sämtlicher im Verlaufe des Jahres ausgestellten Legitimationskarten enthält. Außerdem dient dieses Kartenblattregister zur Unterstützung von polizeilichen und richterlichen Ermittlungen. Die Zentrale liefert den Polizei- und Gerichtsbehörden alle verlangten Angaben über die Auslandsarbeiter, von denen im Jahre 1910/11 253 143 Polen aus Rußland, 77 567 Polen aus Galizien, 388 Ruthenen aus Rußland, 82 718 Ruthenen aus Galizien, 23 337 Deutsche aus Rußland, 58 390 Deutsche aus Oesterreich, 17 389 Ungarn, 47 600 Italiener, 63 743 Niederländer, Belgier, 793 Franzosen und Luxemburger, 9349 Dänen, Schweden und Norweger und 61 018 andere Nationalitäten waren.

Gleich eisernen Ketten hält ein großer polizeilicher Apparat diese Hunderttausende von fremden Arbeitern an ihrer Arbeitsstelle fest, lediglich im Interesse der Gutsbesitzer. Solange dieser Zustand besteht, hat man das Recht, von einer Sklaverei und einem Sklavenhandel in Deutschland zu reden. Ohne diese Sklaverei würden die Gutsbesitzer gezwungen sein, zu besseren Produktionsformen überzugehen und bessere Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Damit würde dem Fortschritt gedient, der der Landwirtschaft zugute käme. Die Zwangsarbeit hemmt dagegen den Fortschritt, die gesunde Entwicklung in der Landwirtschaft.

## Wie man verlegte Arbeiter zu Simulanten stempelt.

Zu den unerquicklichsten Dingen innerhalb der Arbeiterversicherung gehört das Rentenfestsetzungsverfahren und die damit in Verbindung stehende Rentenquersicherung der Berufsgenossenschaften. Raum ist eine Entschädigung festgesetzt, so sind auch bereits die Berufsgenossenschaften emsig tätig, sie wieder in Wegfall zu bringen. Veraltete Untersuchungen folgen auf ärztliche Untersuchungen, nur zu dem Zwecke, bei dem Verletzten einige Prozent Erwerbsfähigkeit mehr feststellen zu können. Ist der eine Arzt auf Grund seiner humaner Beurteilung des Verletzten dazu nicht imstande, so findet sich leicht ein anderer, bei dem die Berufsgenossenschaft ihren Zweck erreicht und der, sei es wegen mangelnder objektiver Merkmale oder auf Grund von Gewöhnung die volle Erwerbsfähigkeit des Verletzten bestätigt. Bestreitet dieser die Richtigkeit eines derartigen Gutachtens, so sind natürlich seine Einwände gegenstandslos, sie werden als Ausfluß maßloser Rentenlust und Rentenjägerei, der Verletzte selbst zum Rentenläufer und bössartigen Simulanten gestempelt. Und die entscheidenden Instanzen nehmen im Vertrauen auf die „wissenschaftlichen Darlegungen“, die „gründliche Untersuchung“ und die hinter dem Gutachten stehende, von der Berufsgenossenschaft auf das überschwänglichste gefeierte „medizinische Autorität“ an, daß alles über den Verletzten ausgeführt richtig ist. Resultat: Einstellung oder wesentliche Kürzung der Rente! Oft genug stellt sich freilich nachträglich heraus, daß dem Verletzten bitteres Unrecht zugefügt wurde und die als „einwandfrei“ anerkannten

ärztlichen Gutachten sehr gründlich daneben gingen. Wohl dem Verletzten, der dann noch vor Schaden bewahrt werden kann; leider ist das nicht immer möglich. Die skeptisch man deshalb ärztlichen Gutachten gegenüber sein muß, und wie notwendig eine Berücksichtigung und Prüfung der subjektiven Angaben des Verletzten ist, zeigt wieder nachstehender Fall:

Der Steinbrucher F. hatte im Jahre 1910 bei einem Betriebsunfall eine Verstauchung des linken Kniegelenks erlitten, infolge deren eine Verheilung eintrat. Der behandelnde Arzt schätzte die Erwerbsunfähigkeit des F. auf 60 Prozent, trotzdem setzte ihm die Württembergische Bauergewerkschaft durch Beschluß vom 7. März 1911 nur eine 50prozentige Rente fest. Auf Grund eines ärztlichen Gutachtens des Herrn Dr. Groffe (Stuttgart), dem sich Dr. Bahn anschloß, setzte die Berufsgenossenschaft die Rente durch Beschluß vom 21. September 1911 auf 25 Prozent herab. Nach dem von Dr. Groffe abgegebenen Gutachten zeigte sich am Knie des F. nur eine geringe Verdrückung des inneren Obergelenksknorpels, sonst aber keine Formveränderung. Ferner wollte er bemerkt haben, daß F. beim Auskleiden das Knie bis zum rechten Winkel beugen konnte, während er bei der Untersuchung einer passiven Beugung Widerstand entgegensetzte, weshalb nur unter Beugung von Lageveränderungen eine solche Beugung gelang.

Die F. angab, wurde die Untersuchung durch Dr. Groffe in der rücksichtslosesten Weise vorgenommen und das steife Knie unter außerordentlich heftigen Schmerzen gewaltsam gebogen. Die Folge dieser Behandlung war eine Verschlimmerung des Knies, die F. zur Inanspruchnahme ärztlicher Behandlung nötigte. Das Zeugnis des ihn behandelnden Arztes Dr. Bötz (Waldenbuch), sagte darüber: „Der Verletzte gab an, die Bewegungsversuche, welche bei der Untersuchung an dem verletzten linken Kniegelenk vorgenommen wurden, seien außerordentlich schmerzhaft gewesen, so daß er vor Schmerz laut geschrien habe. Trotzdem seien sie noch lange unter Anwendung großer Kraft selbst dann fortgesetzt worden, als er vom Untersuchungstisch herabgeglitten war und auf dem Boden lag. Als er zu mir kam, war sein Gang stark hinkend. An der rechten Hüfte hatte er eine fast talergroße Hautausschüfung, die nach seiner Angabe von der Reibung an einer Kante des Untersuchungstisches herührte. — Ich bezog mich dem Patienten — eine vom 3. bis 16. August dauernde Erwerbsunfähigkeit.“

F. legte selbstverständlich gegen den Beschluß der Berufsgenossenschaft Berufung ein und protestierte zugleich unter Verfüzung des vorbestimmten ärztlichen Zeugnisses gegen die ihm durch Dr. Groffe zugefügte Behandlung. Die Folge war ein weiteres Gutachten dieses Arztes, in welchem er bemerkte, daß F. bei der Untersuchung eine große Komodie aufgeführt habe und sich ohne jede besondere Schmerzäußerung vom Operationsstisch heruntergelassen ließ und vorsichtig und gewandt auf den Boden setzte. Das Gutachten schließt:

„Wenn also F. infolge der Untersuchung vom 3. August 1911, bei der nichts weiter geschah, als daß versucht wurde, das bis zu einem rechten Winkel mindestens aktiv gut bewegliche Knie passiv so weit zu beugen, wirklich einen geringen Flüssigkeitserguß im Knie bekommen haben sollte, was an sich unwahrscheinlich ist, so hätte F. das ganz allein sich selbst, seinem auf grobe Täuschung hin auslaufenden Gegenspieler zuschreiben.“

Zu einer ähnlichen Auffassung gelangte der Vertrauensarzt des Schiedsgerichts Stuttgart, Dr. Achilles, in einem Gutachten vom 18. November 1911. Es heißt darin:

„Es handelt sich um eine gut ausgeheilte Kniegelenkverstauchung, von der als einziges — als für die Funktion nicht in Betracht kommenden — Uebelbleibsel die Verdickung des Epicondylus internus des Oberschenkelknorpels (Anfangspunkt der früher gekrümmten Gelenkhänder) bestehen geblieben ist. Der Verletzte ist ein großer Simulant. Die verschiedenen Befunde bezüglich der Beweglichkeit des Kniegelenks sind nicht natürlich, sie beruhen auf betrügerischen unwillkürlichen Manipulationen des Untersuchten. Ein Kniegelenk, welches so gute Form hat, so ganz frei ist von Entzündungserscheinungen, ist sicher nicht wesentlich verjüngt. Bei Verzicht auf seine betrügerischen Behauptungen würde der Verletzte nicht mehr, wesentlich in der Arbeits- und Erwerbsfähigkeit beschränkt sein.“

Und in einer weiteren Äußerung vom 3. Dezember 1911 wirft sich Herr Dr. Achilles ganz offen als Verteidiger des Dr. Groffe auf, indem er behauptet, daß die von Dr. Bötz bezugte Verschlimmerung des Kniegelenks nicht durch die Untersuchung des Dr. Groffe herbeigeführt wurde. Zu verwundern ist diese Parteinahme des schiedsgerichtlichen Vertrauensarztes nicht, denn in seiner Beurteilung des Verletzten ruft er sehr häufig den Eindruck hervor, daß man es in ihm nicht mit einem objektiven und sachlichen Begutachter, sondern mit dem sich als Partei fühlenden und gegen die Verletzten voreingenommenen Vertreter einer Berufsgenossenschaft zu tun hat. Eine besondere Signatur als schiedsgerichtlicher Vertrauensarzt kann man ihm nicht zugestehen.

Mit diesem Gutachten des Dr. Achilles war dem F. das Urteil gesprochen; das Schiedsgericht Stuttgart wies unter dem Vorbehalt des Amtmanns Schmid die erhobene Berufung zurück, weil es nach der Urteilsbegründung keine Veranlassung hatte, die Richtigkeit des Gutachtens seines Sachverständigen anzuzweifeln. Der Beschluß der Berufsgenossenschaft wurde somit bestätigt und die Rente des F. auf 25 Prozent herabgesetzt. Das genügte der Berufsgenossenschaft aber noch nicht, denn unter dem 25. Januar 1912 und ehe noch dem F. das schiedsgerichtliche Urteil zugestellt war, benachrichtigte sie ihn durch neuen berufsunfähigen Beschluß von der völligen Einstellung der Rente. F. ließ sich das nicht gefallen und machte sowohl von seinem Berufsrecht als Naturrecht Gebrauch, dem Landesversicherungsamt wie Schiedsgericht gleichzeitig ein Gutachten des Dr. Robertson in Baihingen unterbreitend. Hierin wird bemerkt:

„Die Zirkumferenz des linken Oberschenkelknorpels beträgt in seinem oberem Drittel 3 Zentimeter weniger als an der korrespondierenden Stelle rechts. Es ist eine ziemlich muskulöse, schon äußerlich wahrzunehmende, Der linke Oberschenkel erscheint bedeutend schwächer als der rechte. Der innere sogenannte Epicondylus des linken Schienbeins ist ganz bedeutend verdrückt. An dieser Stelle ist die Zirkumferenz größer als rechts. Patient kann das Knie aktiv höchstens nur bis zu einem Winkel von 120 Grad beugen; passiv kann das Knie auch nicht viel weiter herabgebogen werden. Von irgendeiner Simulation mir gegenüber kann keine Rede sein. Die objektiven Symptome sind hierzu zu deutlich ausgesprochen. Ich taxiere die Erwerbsunfähigkeit des F. infolge der Unfallverletzung auf 40 Prozent.“

Die trotz einfacher Sachlage so außerordentlich widerspruchsvolle Begutachtung des F. veranlaßte das Landesversicherungsamt, dem vom Arbeitersekretariat Stuttgart gestellten Antrage Folge zu geben und ein weiteres ärztliches Obergutachten einzuverlangen, mit dessen Abgabe Herr Professor Dr. Zeller (Stuttgart) betraut wurde. Dieser Arzt gelangte nach eingehender Untersuchung und Beobachtung in seinem Gutachten zu folgendem Ergebnis:

„Am Gang des F. fällt zunächst auf, daß er mit völlig frei gehaltenem Kniegelenk geht. Das ganze linke Bein zeigt eine Abwagerung gegenüber dem rechten. — Am inneren Oberschenkelknorpel fühlt man eine kleine Vorragung, die bei Druck etwas empfindlich ist. Das Kniegelenk ergibt, daß hier ein kleines Knochenstück abgesprengt ist. Die Beweglichkeit im Kniegelenk ist hochgradig beschränkt, es kann nur völlig gestreckt, aber nur bis 130 Grad, also nur um 50 Grad, gebeugt werden. — Von den Herren Vorbegutachtern war die Behinderung der Beweglichkeit im linken Kniegelenk darauf zurückgeführt worden, daß F. bei der untersuchenden Hand des Arztes durch Anspannung seiner Oberschenkelmuskeln einen kräftigen Widerstand entgegensetzte, der nicht zu überwinden sei. Sie glaubten beobachtet zu haben, daß F. beim Auskleiden das Kniegelenk bis 50 Grad, ja bis zu einem rechten Winkel gebeugt habe. F. wurde daher als „grober Simulant“ bezeichnet. Um über diesen Punkt ins Klare zu kommen, gibt es ein sehr einfaches Mittel — die Einkleitung der Kniekehle. In der Kniekehle erschaffen sämtliche willkürlichen Muskeln des Körpers, jede Anspannung der Muskeln



kommt in Wegfall. Wenn also die Steifigkeit im Kniegelenk durch Muskelspannung bedingt war, so mußte sich das Knie so weit beugen lassen, wie ein gesundes. Die Untersuchung in Kartose ergab nun, daß dies keineswegs der Fall war, die Versteifung im Kniegelenk blieb in der gleichen Ausdehnung bestehen wie in wachem Zustande, auch bei Anwendung ziemlich starker Gewalt war man nicht imstande, das Gelenk auch nur um 1 Zentimeter weiter zu beugen. Sollte schon das Röntgenbild gezeigt, daß es sich um eine etwas ernstere Verletzung handelte als bisher angenommen worden war, so zeigte die Untersuchung in Kartose, daß von Simulation keine Rede sein konnte. Es handelt sich demnach um eine reelle, fast völlige Versteifung des linken Kniegelenks.

Am Schlusse seines Gutachtens konstatierte Herr Professor Dr. Zeller noch, daß eine wesentliche Besserung in dem Zustande des K. nicht eingetreten und die Herabsetzung der Rente von 50 auf 25 Prozent nicht gerechtfertigt ist. Man könne lediglich Gewöhnung annehmen, und empfehle er die Gewährung einer 33prozentigen Rente.

Dieses Gutachten widerlegt somit in einwandfreier Weise die von den Herren Dr. Groffe, Schiller und Zahn über K. aufgestellten Behauptungen. Das Landesversicherungsamt entschied denn auch demgemäß und sprach dem K. eine 50 bzw. 33prozentige Rente zu. Eine eingehende und objektive ärztliche Untersuchung der ersten Gutachter hätte schon früher zu diesem Resultat führen müssen. Statt eine solche vorzunehmen und die subjektiven Angaben des Verletzten sachlich zu prüfen, ging man darüber hinweg, und der „Simulation“ und „Betrüger“ war fertig. Derartige Fälle stehen leider nicht vereinzelt da. Es scheint so manchem Arzt, der, einer herrschgenossenschaftlichen Aufforderung folgend, auf Grund einer mehr oder minder oberflächlichen Untersuchung den ihm überwiegenen Verletzten abfällig beurteilt, gar nicht zum Bewußtsein zu kommen, welche Verantwortung in seine Hände gelegt ist; daß er durch eine unrichtige Beurteilung den Verletzten nicht nur materiell schädigt, sondern auch seine Ehre verletzt. Der Arbeiter ist dagegen fast machtlos. Sucht er dagegen anzukämpfen, dann kann es ihm leicht geschehen, nicht nur der Simulation, sondern auch des Duellierens beschuldigt zu werden. Es ist ja nur ein Arbeiter!

Wie so viele andere, zeigt auch dieser Fall wieder, wie notwendig und wichtig für den Verletzten die Rekursmöglichkeit ist; die leider durch die bürgerlichen Parteien mit der Reichsversicherungsordnung in so rückwärtsloser Weise beschnitten wird. Nur der Rekurslegung hat es K. zu verdanken, daß er von einer ungerechten Beschuldigung befreit wurde und in dem Genus seiner Rente bleibt.

## Korrespondenzen.

**Beutha.** (Bezirk Leipzig.) In der Mitgliederversammlung, welche am 29. Mai im Kasino stattfand, erstattete Kollege Schlegel Bericht vom Verbandstage. In längerer Ausführungen schilderte er die Arbeiten der Münchner Tagung. Obwohl nicht so viel wichtige Beschlüsse wie auf früheren Verbandstagen gefaßt wurden, sei doch nicht zu verkennen, daß auch dieser Verbandstag nutzbringende Arbeit geleistet hat. Besonders die hauptsächlichsten Punkte behandelte er eingehend. Die Entwicklung des Verbandes trug er zahlreich vor. Wenn es auch anfangs langsam vorwärts ging, so könnte man jetzt mit einem gewissen Stolz auf unsern Verband blicken. 11.000 Mitglieder in zwei Jahren zu gewinnen, sei keine Kleinigkeit. Auch werde die Münchner Generalversammlung dazu beitragen, die Mitgliederzahl noch ganz beträchtlich zu steigern. Auch sei der neugeschaffene Beirat als eine den Verhältnissen entsprechende Einrichtung zu begrüßen. Die Tarife verschaffen sich immer mehr Eingang, das wilde Anfordersystem wird mehr und mehr verdrängt. Er faßte seine Ausführungen dahingehend zusammen: Handeln wir nach den gefaßten Beschlüssen und stellen wir uns alle in den Dienst unseres Verbandes, dann muß es uns in kurzer Zeit gelingen, den letzten Mann in unsere Reihen zu bringen. Seine Ausführungen fanden allgemeine Zustimmung. Die kurze Diskussion zeigte, daß man mit der Haltung des Delegierten in allen Punkten einverstanden ist. Bei der Wahl von zwei Zentralausführungsmitgliedern wurden die Kollegen Martin Ruedässl und Gustav Baughammer einstimmig wiedergewählt. Weiter wurde beschlossen, die Delegierten vom Gewerkschaftsausschuß in Brandis zurückzuziehen und die Zahlstelle dem Leipziger Gewerkschaftsamt anzuschließen. — Die am 5. Mai beschlossene Sperre sämtlicher Betriebe wurde nochmals eingehend besprochen. Nach langer Debatte wurde erneut zum Ausdruck gebracht, daß die getroffenen Maßnahmen unbedingt und ganz energig durchgeführt werden müssen. Zum Schluß erwähnte der Vorsitzende abermals die Kollegen, die Herbeiziehung von Kollegen durch Briefe zu unterlassen. Meistens sind es Kollegen, welche selbst mit den örtlichen Verhältnissen nicht vertraut sind. Und dadurch werden viele Kollegen irreführt. Mögen diese Worte als Warnung dienen.

**Colmar.** Am 1. Juni tagte hier eine gut besuchte Mitgliederversammlung. Kollege Unger berichtete über die Lohnbewegung. Die Lage ist bis jetzt günstig, jedoch müssen alle Kollegen gerüstet sein. Der Lohnsatz, welcher einen Stundenlohn von mindestens 65 Pf. vorstellt, ist nun den Arbeitgebern unterbreitet. Auch übte die Versammlung Kritik an dem Verhalten des Redakteurs, der die Lohnbewegung bisher nicht veröffentlichte. Nach einigen kurzen Maßnahmen des Vorsitzenden an die Kollegen erreichte die Versammlung ihr Ende.

**Gunwalde.** Am 2. Juni fand in Schönbachs Restaurant unsere Mitgliederversammlung statt. Zu Punkt 1 gab der Vorsitzende die Abrechnung des 1. Quartals bekannt. Die Gesamteinnahme betrug 1294,06 M., die Ausgabe 625,50 M., mithin bleibt ein Kassensaldo von 668,57 M. Zu Punkt 2 erstattete unser Vorsitzender, Kollege Maus, Bericht von der Generalversammlung in München. Eine Debatte hierzu fand nicht statt. Hieraus ist zu ersehen, daß sich sämtliche Anwesende mit der Arbeitsleistung des Verbandstages zufrieden stellen. Zum 3. Punkt: Tarifangelegenheit, entspann sich eine rege und lange Debatte. Hierauf wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, daß Mittwoch die Kommissionen noch einmal an die Arbeitgeber herantreten und eine endgültige Antwort über die Unterschrift des Tarifs zu fordern haben. Unter verschiedenen wurde beschlossen, eine Präzisionsliste zu führen, um am Jahreschlusse die Versammlungsschwänzer kennzeichnen zu können. Der Antrag: wenn Kollegen drei Versammlungen unentschuldig fehlen, sollen sie der örtlichen Untersuchungen verlustig gehen, wurde einstimmig angenommen. Als Revisor wurde Emil Matthes, als Schriftführer Karl Wagner gewählt.

**Gloß.** (Oberpfalz.) Am 19. Mai fand im Vereinslokal unsere Monatsversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde für den w. i. d. r. nicht erschienenen Schriftführer Karl Witz als Wähler gewählt. Kollege Ludwig Fuchs erstattete sodann den Bericht vom Verbandstage in München. Die Kollegen folgten mit großer Aufmerksamkeit den Ausführungen des Redneren und bekundeten durch Beifall ihr Einverständnis. Mit besonderer Genugung wurde die Verkürzung der Karenzzeit bei Krankheitsfällen begrüßt. In bezug auf die Agitation wurde sich die Versammlung einig, daß wir unser Hauptaugenmerk wieder auf die Kollegen in Stöbenbürg richten müssen, wenn dabei auch mancher der hiesigen Kollegen den Kopf schüttelt und der Opfer gedenkt, die dort schon gebracht wurden. Hierauf wurde für den nächsten Tarifabschluß eine Kommission, bestehend aus 10 Mann, gewählt, welche mit den Vorarbeiten sobald als möglich zu beginnen hat. Der Vorsitzende kommt auf den jetzigen Tarif zu sprechen und behauptet, daß es noch Kollegen gibt, die es nicht der Mühe wert finden, ein Werkstück nachzurechnen. Daß dies gewisse Firmen sehr unangenehm machen, braucht nicht extra betont zu werden. Aus der Mitte der Versammlung wurde noch getabelt, daß verschiedene Kollegen nicht voll und ganz der Parole der Verwaltung bei der Meißner gefolgt sind. Zum Schluß weist

der Vorsitzende noch auf die Benutzung der Wanderbibliothek des Gauz hin, ausgehend von dem Motto: „Wissen ist Macht“.

**Frankfurt a. M. Kritisches über die Wahl des Verbandsrats und deren Wahlkreiseinteilung.** Wenn Frankfurt a. M. schon durch den zu spät erschienenen Geschäftsbericht, der verkehrten (1) Wahlkreiseinteilung und zu kurzer Frist zur Wahl zum Verbandstage nicht vertreten sein konnte, so muß man sich doch die Frage vorlegen, warum eine Zahlstelle mit ca. 250 Mitgliedern nicht einmal zur Wahl des Verbandsrats zugelassen werden soll. Ich halte es demokratisch für richtig, wenn alle Zahlstellen bis zu den kleinsten an der Wahl teilnehmen. Auch die Branchenvertretung ist verkehrt. Wenn man auch Vertreter der Grabsteinbranche vorseht, dies sind doch keine andern Vertreter als wie die Steinmehrer. Oder werden nur in Berlin und Umgebung Grabsteine angefertigt? Hier sieht man heraus, daß Berlin unter allen Umständen vertreten sein muß. Frankfurt hingegen hat nichts mit dreinzubringen. Hier verlagert die Demokratie vollständig. Im Prinzip sind die hiesigen Kollegen Befürworter der neuen Institution, verlangen aber auch, daß man sie nicht ganz an die Wand brückt. Doch hat uns vielleicht die Zentrale unter die Rubrik der Muschelschalenarbeiter einrangiert, wo wir als zum Maintal gehörig mitzuwählen hätten. Das wäre jedoch falsch, wenn auch der eine oder andre Kollege einmal im Jahre einen Muschelschalenstein sieht. Ich fasse die Sache so auf, daß sich jeder Kollege an der Wahl beteiligen kann, die Zitate einen Wahlkreis bilden (Urabstimmung) und die Bezeichnung jedem einzelnen Kollegen zu überlassen. Vorschläge zur Wahl kann jede Zahlstelle, der es beliebt, machen.

**Vangenaltheim.** (Lithographiesteingebeiet.) Am 19. Mai fand im Gasthaus zur Krone eine Steinarbeiterversammlung statt. Als Referent war Kollege Staudinger aus Leipzig erschienen. Seine Ausführungen trugen wieder Begeisterung in die Kollegenschaft, wofür ihm auch reichlicher Beifall gezollt wurde. Es ist sehr schwer, die Kollegen wieder zu gewinnen, seit dem unglücklichen, von der Seite der Kollegen geführten Kampf, wo nahezu 1000 Arbeiter in Frage kamen. Es ist beschämend für die Arbeiter, die um einige Silbermünzen ihre Arbeitskraft und auch ihre Meinung verkaufen, aber wenn man weiß, wie die hiesigen Arbeiter im Sumpf des Borsystems sitzen, das von gewisser Seite sogar gehegt wird, dann wundert es allerdings keinen mehr, wenn sich alle kuscheln. Das zeigte sich am besten, weil von einer Firma Posten aufgestellt wurden, daß ja keiner in die Versammlung ging. Daß am 31. Dezember der Tarif abläuft, weiß wohl jeder, aber dem Verbandsbeiträge, fällt keinem ein, obwohl die Arbeitgeber organisiert sind. Die Herren haben sich jetzt schon den Minimallohn fürs nächste Jahr festgesetzt. Die Zentrums-gewerkschafter haben hier nicht mehr das geringste Renommee. Ihr Verband ist zertrümmert und Herr Dsowald hat auf die Kollegen nicht mehr den geringsten Einfluß. Die Arbeiter haben diesen Mann, welcher im bayrischen Landtag den süddeutschen Eisenbahnverband vernichten wollte, längst durchschaut. Ueberdies ist hier kein Boden für waschechte Zentrumsagitatoren.

**Söbau-Opfau.** Am Freitag, den 24. Mai, fand im Goldenen Schiff in Söbau und Sonntag, den 2. Juni, in Dörings Gasthof in Veierdorf Steinarbeiterversammlung statt. Zum ersten Punkt gab der Kollege Schwarz einen eingehenden Bericht vom Verbandstage. Er führte vor allen Dingen der Versammlung klar vor Augen, welchen Nutzen der Verbandstag den Mitgliedern wieder gebracht hat. Dann legte er klar, welche Stellungen er bei den Abstimmungen eingenommen hat. Nach längerer Diskussion war man mit dem Verhalten des Delegierten einverstanden. Ueber das Verhalten des alten Vertrauensmannes entspann sich eine rege Debatte. Nach doppeltem Wahlgang wurde in Söbau Kollege Johannes Breitschneider mit 23 Stimmen gewählt, in Veierdorf nach diese Wahl einstimmig Annahme. Der Kollege nahm die Wahl an und betonte, die Organisation nach seinen Kräften zu fördern. Er forderte aber zu gleicher Zeit die Kollegen auf, ihm auch das nötige Entgegenkommen zu zeigen. Unter Punkt Gewerkschaftliches gab es eine rege Aussprache in beiden Versammlungen wegen des Verhaltens des Zentralvorstandes bezüglich des Tarifwesens in der Oppacher Gegend. Vor allen Dingen wurde das schneckenartige Tempo desselben gekennzeichnet.

**Reinheim.** Der Streik der Steinarbeiter bei Frohmann u. Co. dauert unverändert weiter. Die meisten Streikenden sind anderweitig untergebracht oder abgereist. Herr Frohmann versucht nun, von der bekannten Streibrokerfirma in Hamburg Arbeitskräfte zu beziehen. Den Streikenden gelang es aber, der Firma Frohmann den letzten Transport abwendig zu machen. Auch vom ersten Transport ist ein Arbeitswilliger abgereist, so daß sich Herr Frohmann mit vier nützlichen Elementen begnügen muß. Zugang nach Reinheim ist streng fernzuhalten.

**Witten a. d. R.** Die letzte Mitgliederversammlung am 25. Mai beschäftigte sich hauptsächlich mit der Agitation in den Ruhr- und Saarländern und mit der Bundesratsverordnung. Letzterer Punkt wurde hauptsächlich einer gründlichen Kritik unterzogen. In dem nun von seiten der Bauarbeiterschulskommission eine Revision der Brücke stattfand, ging aus diesem Bericht hervor, daß die Zustände in den Steinbrüchen Wigold, Lünenburger u. Franzen sowie in den Steinbrüchen Wetterstraße und Blankenstein u. s. w. ganz miserabel sind. Die zuständigen Gewerbeinspektionen scheinen hier im Bezirk für die Steinbrüche gar nicht zu existieren. Es wäre doch zu wünschen, daß die Herren einmal ihre Vorschriften in die Hand nehmen und einmal eine gründliche Revision vornehmen. Wir sehen diesem mit Freuden entgegen. Auch wurde in der Versammlung darauf hingewiesen, daß es höchste Zeit wäre, daß die Bundesratsverordnung sowie die Unfallverhütungsvorschriften in italienischer Sprache ausgehängt würden, da gerade hier im Ruhrgebiet in den meisten Steinbrüchen hauptsächlich italienische Steinarbeiter beschäftigt werden. Der Zentralvorstand der Steinarbeiter sollte im Interesse der Sache selbst hierzu die nötigen Schritte tun. Im übrigen verweisen wir noch auf den Versammlungsbeschluß, daß jeden zweiten Sonntag im Monat, nachmittags 3 Uhr, die Mitgliederversammlung stattfindet und jeder organisierte Steinarbeiter sich zur Pflicht macht, zu erscheinen.

## Ueber gutes und schlechtes Bauen.

Ueber obiges Thema sprach kürzlich in Kreuznach der Kunstschreiber Meißner aus Dresden vor einem zahlreichen und zum größten Teil aus den Kreisen der Bauerschaft zusammengesetzten Publikum; in dem auch die Spitzen der Verwaltungsbehörden sowie die leitenden Beamten der Staats-, Kreis- und Stadtbauverwaltungen nicht fehlten. Der Redner ging mit der Bauweise der letzten 50 Jahre scharf ins Gericht. Ueber Nacht hat in dieser Zeit eine gewaltige wirtschaftliche Entwicklung eingesetzt, die alle Kräfte für sich in Anspruch nahm und den gejagten Menschen nicht die Ruhe zu innerer Sammlung und Verarbeitung der neuen Aufgaben und Einbrüche ließ. In behaglicher Ruhe lebten unsere Vorfahren dahin, mögliche Ruhe und Gebiegenheit weisen ihre Häuser auf. Wenn man vor so einem alten geräumigen Haus aus Großvaters Zeiten steht, dann fühlt man die Harmonie zwischen diesem schlichten Bauwerk, seinen einstigen Bewohnern und dem Geist ihrer Zeit. Nur mit Grauen aber kann man durch die Straßen einer in den letzten 50 Jahren emporgewachsenen Industriestadt gehen. Noch gezimmerte Steinbrücken mit ein paar Böhern in der Wand schauen einen öd und trostlos an, dahinsinken erhebt sich dann und wann prozedend ein stuchüberladenes, abern ausgeputztes „vornehmes“ Haus, durch dessen zwecklos angehängte Ziden, Zäune und Türme der Besitzer dem Publikum zuruft: „Ich bin der Mann, ich hab das Geld dazu!“ Aber nicht den Geschmack! Glücklicherweise macht sich in den letzten Jahren ein Umsturzung zum Besseren bemerkbar. Die Jahrzehnte hindurch erschlafte künstlerische Kraft, die ein Süder, Rotenburg

a. d. R., ein Hildebrandt in Herzergrenzen Schönheit erstehen ließ, wird wieder lebendig. Selbst Frauen wir nicht alle produzierende Künstler sein, aber die Erziehung des Volkes zum künstlerischen Mitgefühl ist eine unabwendbare Notwendigkeit als Ausgleichendes Moment gegenüber dem immer rücksichtsloser werdenden materiellen Daseinskampf. Die Sehnsucht nach der Kunst liegt als Liebe zur Schönheit in jedem Menschenherzen. Mag der Schönheitsfuss auch eine Zeitlang insolge Vernachlässigung seiner Ausbildung gesunken sein, aber sie vertritt haben, von selbst werden wir zur wahren Erkenntnis zurückkehren, daß nur das schön sein kann, was wahr und zweckmäßig ist. Drei Grundbedingungen stellen wir für die Baukunst auf: Die Form entspreche dem Gebrauchszweck, die natürliche Schönheit des Materials werde ehrlich zur Geltung gebracht, das Material werde sachgemäß und in Harmonie mit Zweck und Form des Hauses gewählt. Nicht nur unser eigenes Schönheitsgefühl, auch soziale Rücksichten zwingen uns, vernünftig zu bauen. Gräßliches Hausgerümpel braucht sich niemand anzusehen, davor schüben ihn die Mauern, aber an den Säulern können wir nicht vorbeiblicken, die strecken uns auf Schritt und Tritt ihre freudlichen oder düstern und kalten Gesichter entgegen. Alte Häuser stampft man ein, Möbel im Jugendstil verbrennt man, aber Häuser stehen für Jahrzehnte da. Vor 50 Jahren haben sich unsere Baumeister in die alten klassischen Baustile verliebt, und als dann plötzlich ihr wirtschaftliches Hochkonjunktur einsetzte und mit ihr eine allgemeine Bauhebe, da suchten sie schnell in wenigen Wochen nachzuahmen, was die Entwicklung von Jahrhunderten geschaffen. So müssen wir denn heute mit Stund überladene Fassaden sehen, falsche Säulen, imitierte Quadersteine und völlig rohe Süd- und Seitenmanern dazu. Vorne lächerlicher Prunk, hinten das wahre Gesicht der geistigen Armut. In einer großen Reihe sehr geschickt ausgemählter Lichtbilder gab Reuber typische Beispiele der völligen Verrohung und Charakterlosigkeit der hinter uns liegenden jüngsten Bauperiode. Auch auf das Arbeiterwohnhaus kam er zu sprechen. Von ihm sagte er, daß es das traurigste Kapitel der Baugeschichte darstelle: Meißt öde und trostlos, verbittert es allen das Leben, die durch seine dunkle Tür gehen müssen, während doch gerade diese vielgequälten Leute ein hohes Maß an Schönheit für ihr Dasein brauchen, um sich als Menschen zu fühlen. Leider erheben sich auch schon auf den Dörfern rohe Steinbrücken oder stuchbellebe Talunipaläste. Das darf nicht so weiter gehen, fort mit dem unheimlichen Blödsinn! Wie nicht die jezeitkonkurrenz Hausgreuel überwunden haben, so müssen wir auch den Weg zu einer innerlich wahren und deshalb auch schönen Bauweise zurückfinden. Die merkwürdigen Verirrungen, die wir gestern sahen, verdanken ihr Dasein einer Unkultur, die wir überwinden müssen, wenn nicht Stadt und Land ganz verschandelt werden sollen. Dem Vortrag, der auch die Wege zu einer Besserung der Verhältnisse angab, folgte lebhafter Beifall.

## Steinausreibungen.

Größere Steinausreibungen sind uns (eben wieder bekannt gegeben. Nachstehende Quanten werden ausgeschrieben:

Landesbauverwaltung in Detmold. 140 Kubikmeter Sandsteinarbeiten zum Neubau für Landtag und Landgericht.

Rgl. Eisenbahninspektion in Heilbronn. 1180 Kubikmeter Borlagsteine u. 1760 Kubikmeter Schotter aus Muschelschalen.

Stadtbauamt in Gera, Neuf. 7925 Quadratmeter Pflastersteine aus Granit oder Quarz-Porphyr.

Rgl. Eisenbahnbetriebsamt II in Kattowitz. 1900 Quadratmeter Granitpflastersteine 3. Sorte.

Architekt S. Kummel in Frankfurt a. M. Steinmehrarbeiten (Sandstein) f. b. kath. Kirche in Jüngerheim.

Rgl. Eisenbahnbetriebsamt in Hoyaerwerda. 3000 Quadratmeter Granitpflastersteine 1. Klasse u. 350 Kubikmeter rohe Borlagsteine.

Stadtbauamt in Straßburg. Arbeiten u. Pfl. für die Herstellung von gepflasterten Alleen zu Neuhof.

Stadtbauamt in Hamm, Westf. Herstellung u. Pflasterung der Granittrappen zum Erweiterungsbau der evangelischen Schule.

Militärbauamt in Freiburg i. Br. Los 2: Steinmehrarbeiten für eine Infanteriekaserne mit einer halben Bespannungsabteilung in Mühlheim i. B.

Postneubauamt in Aue, Erzgeb. Los 1: Granitarbeiten und Los 2: Sandsteinarbeiten zum Neubau auf dem Postgrundstück in Aue.

Rgl. Eisenbahnbetriebsamt 3 in Breslau. Lieferung von 900 Tonnen Granitpflastersteinen 4. Klasse für Bahnhof Gramschütz.

Städt. Hochbauamt in Karlsruhe. Steinarbeiten für den Neubau eines Dienstwohngebäudes zum Abwasserklärwerk beim Hardthaus in Welschneureuth.

Groß. Bahnbauinspektion II in Karlsruhe i. B. Steinmehrarbeiten für die Bahnhofsgebäudepfeiler und einen Aufzugschacht im neuen Personenbahnhof Karlsruhe: Granitquader 54 Kubikmeter, Sandsteinquader 128 Kubikmeter.

Landesbauamt in Koblenz. 1. 3075 Quadratmeter Basaltsteine für die Straße Koblenz-Dreis, Kilom. 3,585—4,200; 2. 2000 Quadratmeter Grauwackesteine für die Straße Heddesdorf-Beyerbusch; 3. 1250 Quadratmeter Basaltsteine für die Straße Köln-Mainz; 4. 3760 Quadratmeter Basalt, Grauwacke oder Melaphyr für die Straße Köln-Mainz.

Rgl. Eisenbahnbetriebsamt in Wolfstein in Posen. 100 Tonnen Granitpflastersteine 3. Klasse u. 1610 Tonnen 4. Klasse für die Bahnhöfe Wolfstein, Rothenburg (Odra) und Bentzen.

Groß. Kreisbauinspektion in Stehen. Erd-, Maurer-, Steinmehrarbeiten (Lungstein-)Arbeiten u. s. w. für eine Schule.

Rgl. Eisenbahnbetriebsamt in Limburg a. L. Lieferung von ca. 100 Kubikmeter Pflastersteinen aus Basaltlava oder Basalt.

Rgl. Hochbauamt in Deutsch-Krone. Steinmehrarbeiten (70 Meter Stufen, 189 Meter Podestplatten) zum Neubau der kath. Kirche in Jastrow.

Eisenbahninspektion in Gillingen. Lieferung der zur Erweiterung der Station Gillingen a. d. R. nötigen Stein- und Schottermaterialien: 3050 Kubikmeter Borlagsteine aus Kalkstein zu 20 Zentimeter hoher Borlage, 65 Kubikmeter desgleichen zu 12 Zentimeter hoher Borlage, 500 Kubikmeter Kalksteine zu Steinbelegungen, 135 Kubikmeter Kalksteinstraßenschotter, 3250 Kubikmeter Kalksteinbahnschotter, 80 Kubikmeter Granitstraßenschotter, 2100 Kubikmeter Granitbahnschotter, 165 Kubikmeter Porphyrgrus.

Rgl. Eisenbahnbetriebsamt in Altona i. Westf. Arbeiten und Pflasterung zur Erweiterung der Dombriicke: 56 Kubikmeter Werksteine, 470 Quadratmeter Koppsteinpflaster.

Rgl. Eisenbahnbetriebsamt II in Breslau. 924 Tonnen Granitpflastersteine zur Pflasterung der Badestrasen auf den Bahnhöfen Tschirne.

Magistrat in Gultschin, Schles. 739,5 Kubikmeter Borlagsteine, 0,45 Meter hoch und 0,16 Meter stark, 452 Kubikmeter Basaltpflastersteine, 61 Kubikmeter Grauwackesteine und 723 Kubikmeter Pflasterland für die Zufuhrstraße zum Bahnhof.

Rgl. Bauamt für die Allerkanalisation in Celle. Lieferung von 1. 290 Kubikmeter Röhrlöden zur Sturzabteufung von 0,40 Meter Stärke und 0,50 Meter Mindestseitenlänge; 2. 70 Kubikmeter polygonalen Böschungspflastersteinen, 35 Zentimeter hoch; 3. 60 Kubikmeter desgleichen, 30 Zentimeter hoch; 4. 45 Kubikmeter desgleichen, 25 Zentimeter hoch; 5. 45 Kubikmeter Koppsteinen, 15 Zentimeter hoch; 6. 100 Kubikmeter Schotter zum Bau des Allerkanalwehrs bei Bannege im ganzen oder in einzelnen Losen.

Städt. Hochbauamt in Nordhausen. Lieferung der Werksteine und Steinmehrarbeiten für den Neubau des Vereinshauses zu Nordhausen.

Städt. Hochbauamt in Offenbach a. M. Sandsteinarbeiten für die Einfriedigung des Krankenhausgrundstücks.

Rgl. Eisenbahnbetriebsamt I in Köln. Lieferung und Herstellung von 2100 Quadratmeter Straßenpflaster an der linksrheinischen Auffahrtsrampe in Köln.

Erbschaftl. Bauamt in Freiburg i. Br. Steinmehrarbeiten (Granit) für den Umbau bzw. Neubau der katholischen Kirche in Schönau.



Bauinspektion für Ballauschlaggebiet und Spolhafen, Neubau-  
abteilung in Bremen. Lieferung von etwa 155 Kubikmeter  
Berksteinen aus Basaltlava und 222 Kubikmeter Deckplatten aus  
Basaltlava.

Egl. Eisenbahnabteilung b II in Halle a. S. Erd-,  
Maurer-, Asphalt- und Steinmetzarbeiten zum Neubau eines Wohl-  
fahrtsgebäudes für das Kraftwerk Muldenstein bei Bitterfeld.  
Mit großer Genugtuung können wir konstatieren, daß geradezu  
enorme Aufträge vorliegen. Kollegen, wir müssen diesen flotten  
Geschäftsgang in der Agitation recht geschickt ausnützen.

## Rundschau.

Kollege Siebold verunglückt. Von einem bedauerlichen Unfall  
wurde am 29. Mai Kollege Siebold im Burzener Streikgebiet be-  
troffen. Als er in Rüpitz eine Streikversammlung abgehalten  
hatte, fuhr er mit seinem Fahrrad nach Hobburg, um dort ebenfalls  
zu referieren. An einer gefährlichen Stelle beim Dorfeingang in  
Hobburg, wo der Berg steil herabgeht und eine gefährliche Kurve  
für Radfahrer ist, scheint Siebold die Gewalt über das Fahrrad  
verloren zu haben, oder der Freilauf hat versagt. Er stürzte ziem-  
lich schwer und hat innere Verletzungen erlitten. Der Verletzte  
mußte sofort dem städtischen Krankenhaus in Burzen zugeführt  
werden, wo er sich bis dato noch befindet. Hoffentlich wird Kollege  
Siebold baldmöglichst wieder hergestellt sein.

Zwei gegen fünf! Beim Streik in den Schillerschen Steinbrüchen  
in Altleben bei Halle a. S. hatten die Steinbrucharbeiter  
Straube und Kinné als Arbeitswillige gewirkt. Beide wollen am  
Abend des 12. Februar mit 15 bis 18 organisierten Arbeitern  
einen Steinbruch verlassen haben und dann von dem Arbeiter  
Johannes Arnold auf dem Heimwege nach Altleben in einen  
Schauflergraben geworfen worden sein. A. habe mit seinem  
Spazierstock geschlagen und dabei gerufen: Wartet, Ihr Verfluchten!  
Das Schöffengericht Altleben verurteilte auf die Aussagen der  
beiden Nichtorganisierten hin Arnold zu drei Monaten Gefängnis.  
In der erstinstanzlichen Urteilsbegründung befand sich der jeben-  
falls nicht vorurteilsfreie Satz: Es scheint bei Organisierten  
die Meinung vorhanden zu sein, daß es löblich sei, Außenstehende  
zu mißhandeln. Arnold sucht das Urteil an und es traten in  
der Berufungsinstanz die Kollegen zu Halle a. S. fünf Kollegen von ihm  
organisierte Arbeiter — auf, die eifrig bekundeten, daß  
Arnold nicht der Täter gewesen sei. Die beiden Arbeitswilligen  
seien vorausgegangen und Arnold sei mit ihnen, den Organisierten,  
gegangen. Einen Stod habe der Beschuldigte nicht bei sich geführt.  
Es sei ausgeschlossen, daß A. geschlagen habe. Die Arbeits-  
willigen hätten aber ihre bereits vor dem Schöffengericht be-  
schworenen Aussagen aufrecht und bezeichneten Arnold als den  
Täter. Das Gericht erklärte diese Aussagen für sehr bestimmt,  
bestätigte das Urteil erster Instanz und verwarf die Berufung.  
Der Verteidiger Dr. Müller hatte darauf hingewiesen, daß nach  
den Aussagen der fünf andern Zeugen A. der Täter nicht ge-  
wesen sein könne und mindestens ein non liquet (es ist nicht auf-  
geklärt) vorliegen müsse. Das Gericht war aber anderer Ansicht.

Die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe war nach den Zählungen  
des Bauarbeiterverbandes im März bedeutend schwächer als in den  
beiden vorausgegangenen Wintermonaten. Von 264 241 befragten  
Mitgliedern waren 29 521 oder 11,2 Prozent arbeitslos. Im Fe-  
bruar waren 29,4 Prozent, im Januar 49 Prozent und im Dezem-  
ber 13,8 Prozent arbeitslos. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit im  
März ist auf die allgemeine Aufnahme der Bauattività in diesem  
Monat zurückzuführen. Von den 29 521 arbeitslosen Mitgliedern  
feierten 20 657 wegen Arbeitsmangels, 1888 wegen ungenügender  
Bitterung und 7476 wegen Krankheit. Während in den voraus-  
gegangenen Monaten die Maurer den größten Prozentsatz der Ar-  
beitslosen stellten und die Zylinderprozentual die wenigsten hatten,  
kam im März die Maurer am glücklichsten weg. Es kamen auf  
100 gezählte Mitglieder Arbeitslose: bei den Hilfsarbeitern 13,4,  
bei den Stukkateuren und Zementierern je 12,8, bei den Zylinder-  
n 11,6, bei den Erdbauarbeitern 10 und bei den Maurern 9,8. Auch in  
der prozentualen Verteilung der einzelnen Landestelle an der fest-  
gestellten Arbeitslosigkeit trat im März gegenüber den Vormonaten  
eine erhebliche Verschiebung ein. In den Vormonaten hatten die  
agratischen Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Posen, Pommern,  
Schlesien sowie die Mecklenburg die größte Arbeitslosigkeit, während  
die industriellen Gebiete einen niedrigeren Prozentsatz an Arbeits-  
losen aufwiesen. Im März war die Arbeitslosigkeit am größten  
in Elsaß-Lothringen mit 20,2 Prozent; den niedrigsten Stand hatten  
Württemberg, Baden und die Rheinpfalz mit 7,1 Prozent. Nächst  
Elsaß-Lothringen hatten die Provinzen Brandenburg und Berlin  
mit 16,1 Prozent, Schleswig-Holstein, Hamburg und Lübeck mit  
15,3 Prozent die größte Arbeitslosigkeit.

Diese Statistik nimmt der Bauarbeiterverband auf, um eine  
Borlage bezüglich der Arbeitslosenunterstützung aufstellen zu  
können.

Rückungen der Bauunternehmer. Die Vorbereitungen zu den  
im nächsten Frühjahr im ganzen Reiche ablaufenden Tarifver-  
trägen im Baugewerbe werden mit unermüdlichem Eifer ge-  
troffen. In den Bauarbeiterverbänden zeigen die Mitglieder-  
zahlen und die Kassenbestände eine starke Aufwärtsbewegung. Die  
Bauarbeiter wissen, um was es sich handelt. Doch auch auf Unter-  
nehmerseite wird eifrig zum Kampfe gerüstet. Die örtlichen Vereine  
des Unternehmerverbandes machen durch Zirkulare ihre Mitglieder  
auf den Ablauftermin am 31. März 1913 aufmerksam und er-  
suchen sie, entsprechende Vorbereitungen zu treffen. Einige solche  
Rundschreiben wurden schon schon bekannt. Besondere Beachtung jedoch  
verdient das Zirkular der Kölner Geschäftsstelle des Arbeitgeber-  
verbandes für das Baugewerbe. Darin wird den Bauunternehmern  
geraten, ihre Bauherren, Architekten und sonstigen Interessenten  
auf die außerordentlich kritische Lage, in der sich das Baugewerbe  
aller Voraussicht nach im Frühjahr 1913 befinden wird, aufmerk-  
sam zu machen und sie dringend zu bitten, für diese Zeit etwa  
geplante Bauten vor diesem Termin zur Fertigstellung zu bringen  
und auf die Lage ganz besonders Rücksicht zu nehmen. Ferner  
sollen sie ihren ganzen Einfluß dahin geltend machen und darauf  
achten, daß in alle Verträge über Leistungen und Lieferungen  
folgendes aufgenommen wird:

„Bei eintretenden Streiks oder eintretenden Aussperrungen  
werden die Verträge und die Fristen um die Dauer des Streiks  
und der Aussperrung verlängert.“

Ein dem Sinne nach ähnliches Rundschreiben, in dem nur noch  
zahlenmäßig die Fortschritte der Bauarbeiterorganisation aufgeführt  
werden, ist vom Syndikus der Geschäftsstelle für die Provinz Posen  
veröffentlicht worden.

Einige Zahlstellen unseres Verbandes werden von den Lohn-  
bewegungen der Bauarbeiter im nächsten Jahre ebenfalls berührt  
werden. Die Kollegen, welche davon betroffen werden, werden  
gut tun, wenn sie diese Tatsache heute schon genügend erörtern.

Schriftliche Streikbrecher werden gesucht. In Augsburg und  
Nordendorf (Schwaben) stehen zurzeit unsere Kollegen im Streik.  
Die Unternehmer sitzen sehr in der Patsche, sie suchen überall Ar-  
beitswillige. In einer Münchner Zeitung steht folgendes Inserat:

„Tüchtige Marmorsteinmetzen, Maschinen- und Handschleifer,  
sowie ein Schleifmeister, nicht- oder christlich organi-  
siert, bei guter Bezahlung und dauernder Arbeit sofort gesucht.  
Marmor-Industrie F. Schüller Augsburg.“

Die Zentrumsbewegung können ja nun bei Herrn Schüller  
Rauprechenleistungen leisten. Hier steht man wieder, wie minder-  
wertig in moralischer Beziehung die schwarzen Gewerkschaftsmit-  
glieder eingeschätzt werden. Hoffentlich tun nun die „Schwarzen“  
Führer alles, damit die nötigen Streikbrecher aus Niederbayern

und Unterfranken für Herrn Schüller angeworben werden. —  
Kollegen, merkt euch dieses Inserat.

Die größte Zalsperre. In einigen Wochen wird die zurzeit  
größte Zalsperre in Deutschland, die Hobergsperre bei Mauer im  
Regierungsbezirk Regnitz, Kreis Eilenburg, in Betrieb genommen  
werden, nachdem die jahrelangen Arbeiten in der Hauptsache be-  
endet sind. Das gewaltige Stauwerk faßt 50 Mill. cbm Wasser,  
von denen andauernd für Kraftzwecke 30 Mill. cbm zur Verfügung  
stehen. Die 60 m hohe Sperrmauer hat am Fuße eine Breite von  
rund 50 m und an der Krone noch von 7,2 m. Die Mauer wie  
das Elektrizitätswerk sind fix und fertig. Vier mannshohe eisen-  
gepanzerte Kanäle führen den gewaltigen Turbinen des Elektrizitäts-  
werkes das Wasser durch die Mauer zu. Für eine über das Fassungs-  
vermögen der Zalsperre hinausgehende Hochwassermenge sind 60 m  
hohe Ueberfallkastaden gebaut worden, deren letzte der Fertig-  
stellung entgegengeht. Nach der Fertigstellung der Zalsperre sind  
die verheerenden Hochwasser, die Mittel- und Niederelben bis  
vor wenigen Jahren regelmäßig heimzuchten, nach menschlichem  
Ermeßen nicht mehr möglich. — In der Nähe der Zalsperre wurde  
auch ein großer Basaltsteinbruch eröffnet.

## Aufwärts!

Es schwinden die Jahre, es schreitet die Zeit  
Und Neues das Alte vernichtet,  
Und naht sich uns Feinde der schlimmsten Art,  
Sie finden zum Kampf uns gerüstet.  
Es schleicht nicht mehr trüg durch die Aern das Blut,  
Wir lassen uns nicht willig mehr knechten,  
Denn uns befeelt ehrlicher Kampfesmut,  
Wir streiten für unsre Interessen.  
Wir sind nicht demütigte Sklaven mehr,  
Despotischer Herrschaft ergeben,  
Wir sind fühlende Menschen, so gut wie ihr,  
Und haben ein Recht auch zu leben.  
Wir hassen den Schmutz und die Niedetracht,  
Verabscheuen das Schlechte, Gemeine,  
Gerechtigkeit heißt unser Losungswort,  
Wir lieben das Wahre, das Reine.  
Und Schulter an Schulter, in dichten Reihn,  
Die Brust von Begeisterung durchglühn,  
So kämpft um das Höchste der Proletar,  
Er scheut nicht Strapazen und Mühen.  
Es schwinden die Jahre, es schreitet die Zeit,  
Und Neues das Alte vernichtet,  
Was will uns die Zukunft? wir sind bereit,  
Sie findet zum Kampf uns gerüstet.

Jenny Horn.

## Quittung.

Eingegangene Gelder vom 13. Mai bis mit 1. Juni 1912.  
(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Bei-  
tragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbs-  
losenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate).  
Ableben, B. 129.—, Bayreuth, B. 105.—, Crawinkel, B. 100.—,  
Dürrensdorf, B. 127.84, Freiburg (Baden), B. 150.—, Gaus-  
walde, B. 274.44, E. 5.—, K. 3.90, M. 0.10, Heidelberg, B. 18.—,  
Jannowitz, B. 228.—, K. 22.20, Kirchenlamitz, B. 884.50, Kinbisch,  
B. 98.20, E. 1.—, Landsberg, B. 15.—, Miltenberg, B. 63.—, E. 5.—,  
K. 5.—, Plauen, B. 54.—, Reichenhaußen, B. 31.50, K. 3.—, Reim-  
heim, B. 76.02, K. 9.10, St. Johann, B. 64.24, E. 3.—, K. 0.80,  
Zweibrücken, B. 10.92, St. Johann, B. 7.50, Leipzig, Ins. 2.40,  
Vorgentrich, Ins. 2.40, Zabor, Ins. 3.60, Nienburg, B. 1.10,  
Berlinschen, B. 2.—, Borna, B. 2.30, Bitterfeld, B. 2.70, Neu-  
haldensleben, B. 2.60, Stargard, B. 3.—, Ober-Glaugau, B. 3.20,  
Schweinfurt, B. 3.—, Steinwiesen, B. 3.90, Segebad, B. 4.50,  
Dammn, B. 4.80, Germerleben, B. 4.80, Osterburg, B. 5.—,  
Rempfen, B. 5.70, Prenzlau, B. 7.00, Straßund, B. 21.80, Gar-  
burg, B. 24.20, Gläwen, B. 3.15, Waren, B. 3.—, Altona, B. 2.—,  
Eichershausen, B. 13.60, E. 0.25, K. 13.90, Dettelhäusen, B. 116.02,  
E. 3.—, K. 0.30, Ableben, B. 130.—, Baugen, Ins. 15.—, Droyßig,  
B. 13.30, Nienburg, B. 7.90, Rabendorf, B. 4.—, Droyßig, B. 4.—,  
Pölsig, B. 4.20, Ahim, B. 12.20, Pölsig, B. 17.80, Halle, Ins.  
2.80, Eiterhagen, K. 1.50, Pölsig i. Obw., B. 12.58, K. 0.15, Nord-  
endorf, B. 93.90, K. 7.—, Weßelburg, B. 18.90, K. 0.60, Wolf-  
shagen, B. 84.—, Hartmannsdorf, B. 194.—, M. 6.—, Meißn II,  
B. 168.—, Kaiserslautern, B. 210.—, M. 1.—, Heidelberg, B. 25.—,  
Berned, B. 203.29, Rempfen, B. 1.40, Finsterwalde, B. 4.50, E. 0.50,  
Sufum, B. 12.70, Zaucha, B. 1.80, Gungen, B. 2.40, Kolberg,  
B. 4.80, Detmold, B. 22.—, Brauna, Ins. 4.80, Breslau, Ins. 8.40,  
Alteiningen, B. 42.—, Baugen, B. 314.—, K. 20.—, Darmstadt,  
B. 24.80, K. 18.70, Eckartshausen, B. 34.—, Fehrenbach a. M.,  
B. 216.30, E. 5.—, Arnsdorf, B. 195.—, Kürnbach, B. 113.05.

Baubau, B. 210.96, Offenbach a. M., B. 50.—, Regensburg, B. 84.—,  
Zriberg, B. 6.50, E. 0.75, K. 15.70, M. 7.05, Strehlen, B. 800.—,  
Birkenfeld, B. 50.—, E. 10.—, K. 20.—, Döhrenburg, B. 33.60,  
K. 6.70, M. 0.50, München, B. 450.—, K. 50.—, Hällich, B. 798.—,  
Bernburg, B. 110.—, E. 2.50, Berned, B. 18.55, K. 4.70, Gölzig,  
Ins. 2.40, Flonheim, B. 2.50, Rathenow, B. 3.—, Wittfod, B. 3.60,  
Zorgau, B. 4.—, Campe, B. 20.40, Leipzig, B. 4.80, Dittelsdorf,  
B. 3.20, Rigny, B. 8.—, Bayreuth, Ins. 9.60, Altleben, B. 528.—,  
E. 50.—, K. 20.—, M. 1.—, Chemnitz, B. 200.—, Colmar, B. 65.—,  
Dürthelm, B. 336.—, Danzig, B. 45.80, E. 3.50, M. 4.70, Wülfel-  
burg, B. 84.—, E. 1.—, K. 15.—, Oldenburg, B. 90.—, Weicha,  
B. 430.—, Leipzig, Ins. 2.40, Halberstadt, Ins. 2.80, Prenzlau,  
B. 3.—, Rapperswil, B. 7.27, Altenburg, B. 3.10.  
Ludwig Geiß, Kassierer.

Geldsendungen für die Hauptkassa sind nur an den Kassierer  
Ludwig Geiß, Leipzig, Zeiger Straße 32, IV., zu  
adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Post-  
a b s c h n i t t anzugeben, für was das Geld bestimmt ist.

## Allgemeine Bekanntmachungen.

Blauberg. Der Kollege Joseph Schreiner, geboren am 4. Juni  
1889 in Waling (Oberpfalz), wird ersucht, uns seine Adresse be-  
kanntzugeben. Joseph Boglmann, Kassierer.

Dortmund. Ersuche die Zahlstellenverwaltungen um Angabe  
der Adresse des Steinmetzen Valentin Heil aus Kaiserslautern.  
Carl Bernhardt, Vorsitzender.

Leipzig. Der Pflastersteinmacher Traugott Bazina aus Guffi-  
neß, Kreis Strehlen (Schlesien), wird sofort ersucht, seine Adresse  
anzugeben. Die Redaktion.

Lützenbach. Ersuche die Vertrauensleute allerorts, mir die  
Adresse des Steinmetzen Ludwig Prinz aus Mathausen mitzuteilen.  
Johann Brunner, Malsburg (Post Randern).

Raumburg. Ersuche die Vertrauensleute allerorts, mir die  
Adresse des Steinmetzen Julius Emmel, gebürtig aus Belgrad  
(Serbien), umgehend mitzuteilen.  
Kurt Tröbst, Vorsitzender, Moritzstraße 31.

Virmasens. Dem Steinmetzen Daniel Jörg, geb. am 14. Mai  
1876 in Kotzweiler (Rheinpfalz), ist keine Interimskarte auszustellen.  
Jaf. König.

Ziegelanger. Die Kollegen Gg. Straub und Karl Wirching  
mögen ihre Darlehen baldigt zurückgeben. — Ferner möchte der  
Kollege Heinrich Schimpf, geb. am 25. März 1891 in Penzance,  
seine Interimskarte, die noch hier liegt, nicht vergessen.  
Georg Distler, Kassierer.

## Adressen-Änderungen.

Balduinstein a. d. Sahn. Vors.: Johann Stetter, Seilnau, Post  
Balduinstein (Sahn). Kass.: Anton Diebl, Steinlipper, Seilnau,  
Post Balduinstein (Sahn).

Ebersbach. Vors.: Karl Diebal, Spremberg bei Neusalza  
(Oberlausitz), Nr. 175.

Frankfurt a. M. Vors.: Adolf Menges, Nibelungenallee 13, pt.  
Gefrees. Kass.: Joh. Kolb, Gefrees, Nr. 159.

Grimma. Vors. u. Kass.: Hugo Hebel, Hohe Straße 11.  
Kappelrodt. Vors.: Frz. Steiningger, Kappelrodt, Nr. 288.

Langensalza. Vors.: Joseph Sittig, Mischgasse 9.  
Söbau. Vors.: Johannes Bretschneider, Perwigsdorf bei  
Söbau.

Neuhans. Vors.: Alois Wehner, Neuhans, Nr. 60.  
Strahburg (Elsaß). Vors.: Friz Schüringer, Sonnengasse 5.  
Kass.: Wilh. Schod, Sonnengasse 7.

## Briefkasten.

Münsterstadt. Wenn es sich umwichtigere Sachen um geht, so  
kann man sich an den Briefkasten wenden. Die Briefe werden  
regelmäßig abgeholt. — Besten Gruß! — Hällich (Sachsen). —  
Zurzeit unmöglich. — E. S. in Kottwenderdorf. Vorlicht ist am Platze.  
Solche Anträge kommen oft ganz unerwartet. Gute Besserung! —  
M. Frankfurt. Sehr richtig. — Steinach. Ja, am 23. Juni paßt  
es. Bitte, alles gut arrangieren. Besten Gruß! — München. Ab  
1. Juli d. J. — St. Nicht zu empfehlen. — Rheinland. Wird ge-  
legentlich verwendet. Besten Gruß!

## Zur Beachtung!

Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die  
Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeits-  
verhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden, sich über die  
einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.

# Anzeigen

**Albert Baumann**  
Werkzeugfabrik und Härtwerk  
Aue (Erzgebirge) 16  
**Preisliste**  
über alle  
**Steinmetz-Geschirre**  
versende gratis!  
Lieferung sofort.

**Schürzen**  
Hausmacherleinen, 100 und 115 cm  
breit, Schürzenstoffe in allen Breiten,  
Zadetts, Leders- und Wuschhosen  
in eigener Anfertigung  
empfehlen preiswert  
**Emil Keidel** Spezial-Geschäft  
in Berufskleidung  
Eigene Anfertigung.  
**Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.**

Gesucht zum baldigen Eintritt  
einige auf Ehren gut eingearbeitete  
**Steinmetzen**  
und mehrere  
**Hand- und Maschinenschleifer**  
Entlohnung nach dem Fichtelgebirgstarif.  
**Granitwerk Wölsel & Herold, Bayreuth.**

**Tüchtige Granitsteinmetzen**  
sucht sofort für dauernde Arbeit  
**Kans Wieser, Granitwerk Roth b. Nürnberg.**

**Tüchtige Pflastersteinarbeiter**  
finden lohnende, dauernde Beschäftigung bei  
**Granitwerke Kölling & Strauss, Kirchberg (Sa.), am Vorberg.**

**Mehrere Sandchleifer**  
gegen korrekte Bezahlung nach dem bekannten Fichtelgebirgs-Lohn-  
tarif suchen für dauernde Arbeit  
**Fichtelgebirgs-Granitwerke Klünzel, Schiedler & Co.**  
Schwarzzenbach a. d. Saale.

Suche per sofort einen perfekten  
**Marmorarbeiter**  
für Waschtischauflage, der an der Schürscheibe bewand. ist, sowie einen  
**Handschleifer.**

**C. Schwartz, Marmorwarenfabrik, Hadersleben.**  
**4-6 tüchtige Hand- und Maschinenschleifer**  
stellen sofort ein  
**Keil & Comp., Granitwerk, Dresden-N. 17**  
Leipziger Straße 31.

**Gestorben.**  
(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für  
die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.)  
In Copitz am 31. Mai der Kollege Alwin Neumann,  
37 Jahre alt, an der Veruskrankheit.  
In Grimma am 29. Mai der Kollege Richard Reich,  
29 Jahre alt, an der Lungenentzündung.  
In Hartmannsdorf am 25. Mai der Kollege Arno Grusch-  
witz, 31 Jahre alt, an Gehirnzentralnervenerkrankung.  
In Pirna am 19. Mai der Kollege Johann August Föbel,  
49 Jahre alt, an Lungenkatarrh. — Ebendaselbst am 28. Mai  
der Kollege Max Wild, 35 Jahre alt, an Lungenentzündung.  
In Striegau am 29. Mai der Kollege Karl Blaschke,  
31 Jahre alt, an der Veruskrankheit.  
In Ulm am 20. Mai der Kollege Martin Anreiter,  
38 Jahre alt, an Herzschlag.  
Ehre ihrem Andenten!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.  
Verlag von Paul Starke in Leipzig.  
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.



## Wirtschaftliche Rundschau.

Abstand im Diskontsatz zwischen Berlin, London und Paris — Warnungen an die Börse — Güntige Produktions- und Verkehrs-ziffern (Roheisen, Kohle, Eisenbahnen).

Ein kaum jemals dagewesener Abstand läßt sich seit einiger Zeit an den offiziellen Diskontsätzen in London, Paris und Berlin feststellen. Die Deutsche Reichsbank erhebt zwar regelmäßig einen etwas höheren Leihfuß als die Bank von Frankreich mit ihrer Ueberfülle von bereiten Geldmitteln, und ebenso im Vergleich zur Zentralbank Englands, des Landes, in dem die Kapitalbildung auf allen Gebieten noch immer am raschesten fortschreitet. Bis zu einem Grade bietet der höhere deutsche Diskont auch durchaus nichts Beunruhigendes, denn er zeigt nur den lebhafteren Geschäftsgang, den drängenderen Kapitalbedarfs an, der die deutsche Wirtschaftsentwicklung seit langen Jahren zu ihrem Vorteil auszeichnet. Diesmal liegen jedoch besondere Ursachen vor, wenn am 9. Mai sowohl die Bank von England wie die Bank von Frankreich von 3 1/2 auf 3 Proz. herabgingen, während die Deutsche Reichsbank auf 5 Proz. stehen blieb. Sollte 2 Proz. Abstand, das soll entschieden als ein Warnungssignal an die allzu hoffnungsfreudigen und wagemutigen Uebertreibungen der deutschen Geschäftswelt aufgefaßt werden.

Solche Warnungen sind zudem mehrfach ausdrücklich ausgesprochen worden, zuletzt wiederum Mitte Mai in einer Zuschrift, die der Staatskommissar der Berliner Börse, Geheimrat Dr. Göppert, an den Börsenvorstand richtete: „Der Umfang, den die Spekulation neuerdings namentlich auf dem Kassamarkt annimmt, gibt zu ernsten Besorgnissen Anlaß. Ansehend ist es das Publikum, das durch seine Kaufaufträge die ungewöhnlichen Kurssteigerungen der letzten Tage veranlaßt hat. Die Befürchtung liegt nahe, daß ein nach allen Erfahrungen unausschließlicher Rückschlag, der um so zeitiger und plötzlicher eintreten muß, je mehr sich Uebertreibungen häufen, für sehr weite Kreise schwere Verluste bringen wird. Es darf vorausgesetzt werden, daß die Banken und Bankiers sich dem Ernst der Lage nicht verschließen und durch Warnungen und Kreditbeschränkungen ihre Rundschau zur Mäßigung anzuhalten suchen. Ein durchgreifender Erfolg ist aber bisher noch nicht zu verzeichnen.“ Dr. Göppert empfahl dann die Prüfung einiger mehr börsentechnischer Reformvorschlüge, deren Darlegung später erfolgen mag, falls ein erster Anlauf nach dieser Richtung erfolgen sollte. Ähnliches Auffsehen erregte gleich darauf eine Herrenausrede Dr. v. Swinners, des im In- und Auslande politisch sehr tätigen Direktors der Deutschen Bank: es sei „doch sehr zu bezweifeln, ob die günstige Konjunktur noch von langer Dauer sein werde. Im Zeitalter der Elektrizität verlaufen die Wellen von Ebbe und Flut kürzer, als es früher der Fall war. Es sind Anzeichen vorhanden, daß die Woge sich zu überlagern droht. Wir haben bereits zwei oder drei Jahre aufsteigender Konjunktur hinter uns“, und offenbar war diese Mahnung zu größerer Vorsicht und Zurückhaltung gleichfalls auf einen größeren Einbruch nach außen hin berechnet.

Ein sichtbarer Erfolg ist bisher noch immer ausgeblieben. Zwar kommen keine solchen abnormen Kursprüngel mehr vor wie bei den Aktien der Vogtländischen Maschinenfabrik Akt.-Ges. (vormals Gebrüder Dietrich-Blauen), die am 13. Mai um 39 Proz., am 14. Mai gar um 90 Proz., insgesamt zwischen dem 2. Januar und 14. Mai von 471 auf 825 emporschnellten, während sie Anfang 1911 noch auf 372 gestanden hatten. Aber derartige Extravaganzen können sich überhaupt kaum wiederholen. Dagegen hat sich das sonstige allgemeine Treiben an den Börsen wenig verändert; man glaubt zunächst noch unerschütterlich an die guten Sterne, die der deutschen Wirtschaftsentwicklung weiter leuchten werden.

Eine Verstärkung erhält dieser Optimismus augenblicklich wieder aus den Kreisen der Produktion heraus. Vor allem scheinen die Eisenerze alle früheren Produktionsleistungen von Monat zu Monat überbieten zu wollen. Nach den Ermittlungen des Vereins Deutscher Eisens- und Stahlindustrieller betrug die Roheisenerzeugung in Deutschland und Luxemburg während des Monats April 1912 insgesamt 1 427 559 Tonnen gegen 1 424 076 Tonnen im März 1912 und 1 285 396 Tonnen im April 1911. Seit Jahresbeginn 1909 stellte sich die Roheisenproduktion in den einzelnen Monaten wie folgt (in Tonnen):

	1909	1910	1911	1912
Januar . . .	1 021 721	1 177 574	1 320 655	1 372 740
Februar . . .	949 667	1 091 351	1 179 109	1 319 827
März . . .	1 078 116	1 250 184	1 322 414	1 424 076
April . . .	1 047 197	1 202 117	1 285 895	1 427 559
Mai . . .	1 090 467	1 261 735	1 312 255	—
Juni . . .	1 067 421	1 219 071	1 262 997	—
Juli . . .	1 091 059	1 228 316	1 290 106	—
August . . .	1 100 671	1 262 804	1 285 942	—
September . . .	1 068 345	1 232 477	1 250 702	—
Oktober . . .	1 113 763	1 291 379	1 322 114	—
November . . .	1 119 051	1 272 333	1 313 896	—
Dezember . . .	1 164 624	1 307 084	1 377 637	—

Die Erzeugung während der Monate Januar bis 30. April 1912 stellte sich auf 5 542 510 Tonnen gegen 5 107 387 Tonnen im

dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. Am 23. Mai beschloß der Stahlwerksverband in seiner Hauptversammlung Preis-erhöhungen für Halbzeug und Formeisen: für Halbzeug um 5 Mk. pro Tonne, für Träger um 2 1/2 Mk.

Die deutsche Kohlenproduktion im April, verglichen mit dem April des Vorjahres, hob sich: für Steinkohlen von 12 255 758 auf 14 061 701 Tonnen, für Braunkohlen von 5 564 150 auf 6 356 025 Tonnen, für Koks von 2 062 408 auf 2 318 777 Tonnen, für Brekthohlen aus Steinkohlen von 369 878 auf 407 075 Tonnen, für Brekthohlen aus Braunkohlen von 1 268 693 auf 1 606 737 Tonnen.

Die Verkehrsereignisse der deutschen Eisenbahnen bewegen sich gleichfalls stetig weiter nach oben. Sie betragen im April 1912 aus dem Personenverkehr 74 174 883 Mk. (gegen das Vorjahr mehr 2 966 062) und aus dem Güterverkehr 154 566 753 Mk. (+ 10 871 665 Mk.). Die Einnahmen pro Kilometer zeigen bei dem Personenverkehr ein Plus von 41 Mk. oder 2,94 Proz. und bei dem Güterverkehr ein Plus von 170 Mk. oder 6,18 Proz.

Alle diese Erfahrungen benutzt die Börse, um die unbequemen Mahner und Warner vorläufig ins Unrecht zu setzen. Aber einmal wird doch ein rauher Wind die Kartenhäuser der Spekulation über den Haufen blasen. Berlin, 3. Juni. Max Schippel.

## Eine verunglückte Streikbrecherjagd

Wiederholt haben wir schon berichtet von dem Konflikt zwischen dem Pfisterermeister und Pfistersteinbruchbesitzer M. Wiener in Deggeln, Amt Waldhütten in Baden und dem Steinarbeiterverband. Zur Vorgeschichte sei kurz folgendes bemerkt. Kurz vor Weihnachten des verfloffenen Jahres wurde im Pfistersteinbruch Deggeln durch Einwirkung eines Arbeiter erschlagen. Weil die Kollegen nun pflichtgemäß der gerichtlichen Untersuchungskommission der Wahrheit entsprechend als Ursache des Unfalls den unvorschriftsmäßigen Abbau angaben, wurden sämtliche Arbeiter mitten im Winter entlassen. Seitens der Organisation wurde darauf über den Betrieb die Sperre verhängt. Die Entlassenen konnten trotz schwarzer Listen sehr bald anderweitig untergebracht werden. Während des Winters fühlte sich der Unternehmer von der Sperre nicht sonderlich beschwert. Als aber im Frühjahr das Geschäft wieder in Schwung trat, wurde es dem Unternehmer doch peinlich und er versuchte vergeblich Arbeitskräfte zuzuziehen. Als sich trotz aller Kosten und Mühen doch Streikbrecher nicht fanden, wandte sich der Unternehmer an die Gauleitung mit der Bitte, die Sperre aufzuheben. Die im Anschluß hierauf erfolgten Verhandlungen schienen auch zu einer Einigung zu führen. Einige Kollegen nahmen infolgedessen etwas voreilig die Arbeit auf und veranlaßten dadurch den Unternehmer, dem Gauleiter in einem hohnvollen Briefe für seine Bemühungen zur Aufhebung der Sperre zu danken und die Verhandlungen abzubrechen. Die Kollegen legten darauf die Arbeit wieder nieder. Der Unternehmer war dadurch in einige Verlegenheit geraten. An die Organisation konnte er sich nach seinem voreiligen Dankschreiben nicht mehr wenden. Aber findig, wie der Herr ist, fand er einen andern Ausweg. Man gibt dem Kind einen andern Namen. Ein angeblich neuer Unternehmer wird vorgeschoben. Dieser muß sich an den Gauleiter wenden zwecks Beilegung der Sperre und erklärt sich auch zur Annahme des Tarifvertrags bereit. Ganz zuletzt bemerkt er aber, daß er die von Wiener von fernerer Beschäftigung ausgeschlossenen Kollegen auch nicht wieder einstellen könne. Daran scheiterte nun der schöne Plan. Der neue Herr „Unternehmer“ entpuppte sich dadurch als neuer „Polter“ des Herrn Wiener. Daß sich zu einer solchen Schiebung ein Mann benutzen ließ, der noch bis zuletzt sich Kollege nannte und das Amt eines Kassierers der Zahlstelle Waldhütten a. d. Lahn bekleidete, ist bezeichnend. Die Geschichte wollte also auch so nicht klappen. Mittlerweile wurde dem Unternehmer die Sache doch etwas unangenehm. Die Arbeit drängte und Steinhauer fanden sich nicht.

Doch zu was gibt es denn Streikbrecherbureaus? Also auf! Nach Hamburg geschrieben! Ein „Herr“ Ludwig Knot, Hamburg, Koppeln 6, fand sich gegen gute Worte und Geld bereit, „tätige“ Steinhauer zu beschaffen. Der Paß war schnell geschlossen. Herr Knot, als findiger Geist, weiß sich zu helfen. In Berlin werden die Herbergen abgelassen. Arbeiter werden gesucht nach einem schweizerischen Schotterwert zum „Steinlopfen“. Plugs sind 12—15 Mann zusammengebracht. Steinhauer sind zwar keine, aber was tut. Die Prämie ist nach dem Kopf berechnet. Ob ein Streik dort besteht? Nein, bewahre! Die Süddeutschen wollen bloß nicht arbeiten. Wo geht der D-Zug 2. Klasse. Die Polster werden sich schon gewundert haben ob solcher ungewohnter Gesellschaft. „Die Luft“ war „mih“ bei den meisten. Dem einen fehlte das „Unterlager“ an der Fußbelleibung, dem andern der nun einmal als erforderlich betrachtete dicke Abschluß des Hosenbodens. Bis Straßburg gings ganz schön. Dort war aber das Geld ausgegangen. Doch Meister Wiener ist ein nobler Mann und läßt sich nicht lumpen. Es kommen ja „tätige“ Steinhauer. Der telegraphische Notruf von Straßburg wird mit klingender Münze beantwortet. Und freudestrahlend kann der Meister endlich am Bahnhof Oberlauchringen seinen neuen „Steinhauern“ die

Hand drücken. Der Herr Agent „drückt“ sich selber, als er noch eine feinen Verdiensten würdige weitere klingende Anerkennung in Empfang genommen hatte. Den Meister Wiener plagt die Neugier, die doch nur einmal ihm übergebenen Invalidentarfen seiner ihm mittlerweile doch etwas wunderlich erscheinenden „Steinhauer“ einer Musterung zu unterziehen. Die Enttäuschung war zu hart. Pfistersteinhauer wollte er haben, und was fand er? Schuhmacher, Schneider, Formner, einen Uhrmacher und gar einen gegangenen gewordenen Gerichtsvollzieher. Wie von Furien gepötscht stieg er aufs Rad und floh von dannen. Ein Arbeiter mußte die neuen Gesellen nach dem Steinbruch führen. Mittlerweile war den Angeworbenen endlich auch ein Riht aufgegangen, welchen Zwecken sie dienen sollten. Nur allein der Uhrmacher ging daran, Pfistersteine zu machen. Aber frag mich nur nicht wie! Als der Unternehmer dessen Leistung sah, wünschte er die ganze Gesellschaft sonstwo hin. Aber es ging ihm wie dem Zauberschrift: „Die Geister, die ich rief, ich werde sie nicht los.“ Aus Mitleid fanden sie bei der Einwohnerchaft von Deggeln für die Nacht Unterkommen und Verpflegung. Allerdings auf Kosten des Herrn Unternehmers. Auf die Dauer ging das aber nicht gut. Für die Angeworbenen schon. Es hat ihnen ganz schön gefallen im Schwarzwald. Notgedrungen mußten sie aber sich aufmachen, von allen verlassen, nach der nächsten Verpflegstation, nach Thingen bei Waldhütten. Einer solchen Frequenz war diese aber nicht gewachsen. Die Gemeinde mußte sich der nordischen Fremdlinge annehmen. Nochmals wurden sie verpflegt und dann heimbefördert; auf Kosten des schwergeplagten Unternehmers.

Zweien der nordischen Fremdlingen hat es so gefallen, daß sie in Thingen blieben, zwar nicht im Steinbruch, aber in einer Gipsmühle. Das Material glauben sie besser bezwingen zu können, als den spröden Granit des Wienerischen Steinbruchs. Und die Bilanz der Geschichte für Herrn Wiener? 3 Wochen Gefängnis wegen des tödlichen Unfalls. 650 Mark für die Beschaffung der „Steinhauer“. Mindestens noch einmal soviel für Verpflegung der Angeworbenen in Deggeln und Thingen und Fortschaffung derselben. Und immer noch keine Steinhauer. Auf der andern Seite weiter nichts als das Verlangen der Arbeiter auf tarifliche Regelung der bisherigen Löhne und Affordpreise.

Diese bitteren Erfahrungen haben es bewirkt, daß der vorgelegte Vertrag nun anerkannt wurde und die Bewegung nach fünfmonatiger Dauer als beendet betrachtet werden kann. Den wanderlustigen Kollegen empfehlen wir aber, ihre Wanderlust solange zu zügeln, bis alle verheirateten Kollegen wieder in Arbeit stehen. Wir werden darüber weiter berichten.

Bei alledem können wir dem Unternehmer unser Beileid nicht versagen. Hoffentlich tragen diese Erfahrungen aber dazu bei, ihn zu überzeugen, daß es das vernünftigste und am wenigsten schmerzliche und kostspielige ist, sich mit den Arbeitern auf friedliche Weise zu verständigen.

## In der Steinarbeiterhölle zu Belphe.

Es ist schon öfter gesagt worden, wenn Dante heute die Qualen der Hölle schildern wollte, so könnte er sich den Weg zum Höllenschlund ersparen. Er brauchte nur manche der heutigen kapitalistischen Betriebe zu betrachten, wo aus lebenden Menschen blindendes Galb herausgepreßt wird, wo mehr als genügend Stoff für die grauenerregendste Höllebeschreibung zu finden. Dann dürfte er auch an den Belphe Sandsteinbrüchen (im Herzogtum Braunschweig) nicht vorübergehen. Die Arbeits- und Lebensverhältnisse der hier beschäftigten Steinarbeiter sind derart grauenhaft elend, daß es notwendig ist, sie einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu geben.

Das Steinarbeiterdasein im dem Belphe Eldorado gestaltet sich in der Regel etwa folgendermaßen: Von auswärts, meist von Ostpreußen oder Polen, kommt der Arbeiter zugereist. Ob er gut oder schlecht im Zeug ist, das ist ziemlich unerlel. Auch gute Kleidung, wenn sie nicht gewechselt werden kann, ist nach einigen Wochen Steinbrucharbeit an allen Ecken zerföhren und zerfetzt. Hat der Arbeiter, wie es in der Regel ist, wenig oder gar kein Geld, so ist er auf den Kredit des Polters angewiesen, der gewöhnlich gleichzeitig Verwalter der Werkwohnung und Kantinenwirt ist. Nahrungsmittel, Bier, Schnaps, Holzpatentinen, die notwendigsten Lebensbedürfnisse, soweit es bei einem Steinbrucharbeiter hinreicht, kann er von dem Polter beziehen. Erhält der Arbeiter nach Ablauf einer Woche einen Abschlag und nach vierzehn Tagen seinen Lohn voll ausbezahlt, so geht der gewöhnlich für Begleichung der gemachten Schulden drauf. Der Arbeiter ist wieder gezwungen, aufs neue zu burgen, so daß fast stets ihm nur wenige Nickel von seinem Lohn zur freien Verfügung bleiben und oft auch die noch nicht einmal. So befindet der Steinbrucharbeiter sich zumeist in ständiger Schuldenhaft, aus der zu entkommen ungemein schwierig ist.

Mancher rafft sich auf und geht, in seine Arbeitstumpen gekleidet, auf und davon. Andre hungern sich buchstäblich am Rande einige Groschen ab und verschwinden dann so bald als möglich, wenn sie genügend zum Ankauf einiger Kleidungsstücke beisammen haben. Für viele der Sandsteinflaven aber gibt es keine Befreiung mehr. Wer zumal erst resigniert ist und gelernt hat, sein Elend im Alkohol

## Der Verkehr auf den Landstraßen des römischen Reiches.

Von Albin Michel, Berlin.

### II.

Infolge der starken Zunahme des Personen- und des Warenverkehrs auf den Landstraßen des römischen Reichs waren auch überall Gasthäuser entstanden. In der Hauptsache wurden aber diese Gasthäuser an den Landstraßen nur von einfachen Leuten benutzt. Denn die reichen Leute übernachteten meist in ihren Reisewagen oder in Zelten, die auf besonders hierzu geeigneten Wagen mitgeführt wurden. Kam der Abend heran, so mußten die Vorreiter und Quartiermacher einen zum Uebernachten geeigneten Platz ausfinden, der lange Reisegug hielt an und in kurzer Zeit waren die Zelte aufgestellt. Bei dem ständigen Klima, in dem die römischen Großen meistens reisten, brachte ja diese Art des Uebernachtens auch keine Unannehmlichkeiten und Strapazen. Nur an den Hauptverkehrspunkten, in größeren Städten und in Baberorien, die es bei den alten Römern auch schon gab, waren auch schon feiner eingerichtete Gasthäuser anzutreffen, die denn auch von den reichen Leuten als Quartiere benutzt wurden. Da natürlich die Reisenden, die mit einem großen Troß, mit Schlafwagen und eigenen Zelten reisen konnten, zu jeder Zeit weit aus in der Winderheit waren, so entwickelte sich doch in den Gasthäusern an den Landstraßen ein bedeutender Verkehr. Die Bequemlichkeiten in diesen altrömischen Gasthäusern scheinen noch sehr gering gewesen zu sein, denn viele Reisende klagten über die schlechten Einrichtungen dieser Herbergen. Auch sittenrein ging es in den Gasthäusern der Römer nicht zu; jahrhundertlang bestand ein Gesetz, wonach der Ehebruch mit der Angestellten eines Gastwirts juristisch und auch wohl moralisch nicht als solcher angesehen werden dürfte. Erst im vierten Jahrhundert unserer Zeitrechnung kam eine Bestimmung auf, nach der wenigstens die Wirtin von dieser Art der Beurteilung ausgeschlossen werden sollte. In der späteren Zeit

kam es auf, daß Gasthäuser zur Beherbergung von Fremden auch von den Gemeinden errichtet wurden, ebenso auf Grund von Stiftungen, die vermögende Leute gemacht hatten. Selbst der Fiskus erbaute Gasthäuser, namentlich in abgelegenen Gegenden, wo ein privater Unternehmer kein Gasthaus errichten hätte. Weiter wurden Gasthäuser auch von reichen Grundbesitzern errichtet; diese Herbergen wurden dann von Sklaven betrieben, die einen Teil des Verdienstes an den Herrn abgeben mußten. Auf diese altrömischen Gasthäuser ist auch der Brauch zurückzuführen, den Gasthäusern oder den Namen führen, auszustatten. Zum Paß, zum Schwert, zum Rad, zum großen Adler, zum kleinen Adler, zu den Eselangen, zum großen Kranich, zum Olivenhain, dies sind nur einige von den Namen, die die Gasthäuser an den römischen Landstraßen führten. Auch eine gewisse Kellame wurde bereits für die altrömischen Gasthäuser getrieben. Wie jetzt viele Hoteliers bekannt machen, daß ihre Hotels „mit allem Komfort der Neuzeit“ ausgestattet seien, so zeigten die Gasthofsbesitzer im alten Rom an, daß ihre Herbergen ganz „nach haupstädtischer Weise“ eingerichtet seien. Soweit das keine Uebertreibung war, hat man es bei diesen Anknüpfungen vielleicht mit den besser eingerichteten Gasthäusern an den Hauptverkehrspunkten zu tun. Auf einem Gasthauseinschilde in Lyon hieß es: „Hier verspricht Mercur Gewinn, Apollo Gesundheit, Septimianus aber (das war der Besitzer) Aufnahme nebst Mahlzeit.“ Und auf einem andern Wirtshauseinschilde standen die Worte: „Ein Wörtchen, lieber Wanderer! Komm einmal herein: dort meldest alles eine Kupfertafel dir.“ Wahrscheinlich waren auf dieser Kupfertafel die Preise für Uebernachten, für Speisen und Getränke ausgezeichnet. Nach manchen Anknüpfungen hatten die Gäste in den Gasthäusern auch musikalische Genüsse zu erwarten und sogar Liebesgenüsse wurden den Gästen direkt in Aussicht gestellt. Im allgemeinen waren die Wirte und Wirtinnen der gewöhnlichen Gasthäuser sehr verrufen. Viele Wirtinnen galten als Huren und den Wirten wurde vorgeworfen, daß sie die Gäste bestehlen und auch manchmal ermorden. In abgelegenen Teilen des Reiches, namentlich in den Grenzprovinzen, war die Sicherheit auf den Landstraßen

lange nicht so gut wie im Zentrum des Reiches. In diesen Bezirken waren Ueberfälle auf Reisende gar nicht so selten. Wie bei uns in Deutschland während des Mittelalters die Straßenräuberei nichts Seltenes war, so hatten sich auch in den entlegenen römischen Provinzen Räuberbanden gebildet, die Leute zu machen suchten, die Reisende auf offener Straße überfielen oder auch in einsam gelegene Gasthöfe eindrangten. Häufig wurden Grabinschriften aufgefunden, auf denen mitgeteilt war, daß der Verstorbene das Opfer eines räuberischen Ueberfalls auf der Landstraße geworden war. Sogar in Städte drangen die Räuberbanden vereinzelt vor. Für die Ueberwachung der Landstraßen hatten teils die Gemeinden zu sorgen, teils waren dafür auch unter dem Kommando von Offizieren Soldaten eingesetzt.

Nicht nur Vergnügungs- und Handelsreisen waren im alten Rom sehr häufig, auch Forschungsreisen von Philosophen, Ärzten, Kunsthändlern waren schon recht häufig. „Die berühmtesten Philosophen“, sagt Cicero einmal, „haben ihr ganzes Leben auf fortwährenden Reisen zugebracht.“ Vieles wurde es namentlich bei jungen Leuten aus den reichen Bevölkerungsklassen als eine Notwendigkeit angesehen, daß sie längere Reisen unternahmen. Viele Lehrer und Gelehrte reisten von Ort zu Ort, um überall Vorträge zu halten, auch Ärzte und Quacksalber der verschiedensten Art machten große Reisen über das ganze Reich hinweg, übten dabei ihre Praxis aus und suchten sich im Meinungsaustausch mit Kollegen zu vervollkommen. Am meisten reisten aber wohl zu allen Zeiten die Schaupspieler, Musikanten und Athleten. Oft hatten sich diese zu Genossenschaften zusammengeschlossen und reisten in großen Trupps von einem Provinzort zum andern. Gar nichts Seltenes war es auch, daß ein Kuppler mit einem Duzend und noch mehr Mädchen umherzog, der dann die Mädchen in größeren Orten oder in den Gasthäusern verpuppelte und aus diesem schimpflichen Gewerbe großen Nutzen zog.

Aus alledem, das wir angeführt haben und das sich noch um vieles vermehren ließe, läßt sich erkennen, welch bedeutender Verkehr auf den Landstraßen des römischen Reiches, namentlich in den zen-



zu betäuben, dem geht Woche für Woche der schädliche Rest des Schnaps drauf für Schnaps. So vegetieren manche Leute dahin, bis nach wenigen Jahren der giftige Sandsteinstaub seine vernichtende Wirkung auf die Lungen äußert. Mit einemmal kommt gewöhnlich der gesundheitsliche Zusammenbruch der nach kurzer Zeit des Sichts fast stets zum Tode führt.

Zwei Umstände sind es, die die Lage der Belpfer Steinbrucharbeiter besonders erschweren. Einmal die Giftigkeit des selbst gebrochenen Sandsteins, sodann das System, daß die Poliere gleichzeitig Kantinenwirte und Hausverwalter sind.

Die Steinarbeiter haben zwar allerorten unter der gefährlichen Einwirkung des Sandstaubes auf die Atmungsorgane zu leiden. Der Staub des Belpfer Sandsteins hat aber besonders giftige Eigenschaften und ruiniert die dortigen Steinbrucharbeiter oft schon nach fünf, sechs Jahren körperlich vollständig. Länger als zehn bis fünfzehn Jahre hält selten ein Steinbrucharbeiter der mörderischen Einwirkung des giftigen Sandstaubes stand. Steinbrucharbeiter im Alter von über 30 Jahren sind in Belpfe eine Seltenheit.

Dafür ist das große Armenhaus bevollert mit Witwen und Waisen verlorbener Steinarbeiter, und auch sonst gibt es in Belpfe Witwen und Waisen mehr als in jedem gleichgroßen Orte. Nicht weniger als

#### 44 Witwen

kommen auf die 1350 Einwohner in Belpfe, und davon sind die meisten wieder Steinarbeiterwitwen. Die Furchbarkeit dieser Zahl zu ermessen, wollen wir zum Vergleich die Zahl der Witwen einiger anderer Orte anführen. Nach dem Landesadressbuch des Herzogtums Braunschweig kommen in

Lehndorf . . . . .	auf 1500 Einwohner	8 Witwen
Söllingen . . . . .	" 1400 "	3 "
Belpfe . . . . .	" 1408 "	11 "
Gliesmarode . . . . .	" 1300 "	8 "
Behre . . . . .	" 1042 "	6 "

Die Arbeitslöhne sind ja, absolut genommen, auch nicht miskrabler, als sie leider in manchem andern Steinbruchsgebiet sind, stehen aber in gar keinem Verhältnis zu der Gefährlichkeit der Arbeit. Tagelöhner erhalten 26 bis 30 Pfg. Stundenlohn, Steinbrecher, die das Gestein losbrechen, 30 bis 35 Pfg. und Steinhauer, die das Behauen der Steine verrichten, im Alfordlohn 3 bis 4 M. täglich (!), wohl auch mitunter etwas mehr. Im Winter aber und bei Bearbeitung schlechten Materials kommen auf manchen Arbeitstag nicht mehr als 1.75 M. Lohn. Man wird uns vielleicht entgegenhalten, daß Steinhauer auch schon Tagesverdienste von 5 M. und darüber erzielt haben. Da soll man aber nicht vergessen, hinzuzufügen, daß das nur möglich ist unter Ueberreizung der geselligen Bestimmungen, die für Steinhauer eine höchstens neunstündige Arbeitszeit vorschreiben. Mancher Steinhauer ist rücksichtslos genug gegen seine Gesundheit, von morgens 4, 5 Uhr an bis lange nach Arbeitschluss am Abend im Bruch bei seiner mörderischen Arbeit zu verweilen. Solche Leute haben sich in ihrem Unverstand, meist aber wohl von der Not getrieben, in wenigen Jahren zum Friedhof hingearbeitet. — Für Steinbrecher ist eine zehnstündige Maximalarbeitszeit vorgeschrieben, die, wie uns berichtet wird, ebensowenig wie bei den Steinhauern eingehalten wird.

Hier ist den Behörden strengste Kontrolle zur Pflicht zu machen, damit die dürftigen Schutzbestimmungen nicht nur auf dem Papier stehen. Die Unternehmer mögen anständigeren Löhne zahlen, wenn die Arbeiter mit den gesägten Sägen nicht auskommen können. Die gesetzwidrige, unter den obwaltenden Umständen geradezu mörderische und verbrecherische Ueberzeitarbeit ermöglicht nur dem Unternehmer das Herunterdrücken der Alfordlöse. Tatsächlich waren vor zehn Jahren die Alfordlöse für manche Arbeiten bis zu 50 Prozent höher als heute, trotz Teuerung und „gesüßtem Wohlstand“ der Arbeiter.

Das Fehlen jeder Organisation macht sich bei den Steinarbeitern in Belpfe in mehr als einer Beziehung zu ihrem großen Schaden fühlbar. Hier zeigt es sich recht deutlich, wie ohne Organisation auch die dürftigen gesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen noch nichts nützen, weil sie einfach umgangen werden. So wird auch den Arbeitern, die fast sämtlich in Werkwohnungen hausen, ein Betrag von 40 bis 50 Pfg. pro Woche von ihrem Lohne einbehalten für die Wohnungsmiete, entgegen dem § 115 der Reichsgewerbeordnung. Bis vor kurzem, bei einem Polier soll der Brauch heute noch bestehen, bekamen teilweise die Arbeiter überhaupt kein bares Geld in die Hände. Den Teil des Lohns, der nicht für Begleichung der kreditierten Waren draufging, behielt der Polier in ne und gab den Arbeitern statt dessen Wertmarken, die aber nur in seiner Kantine Gültigkeit hatten.

Diese Art „Lohnzahlung“ ist nach dem Gesetz strafbar. Auch sind derartige Lohnzahlungen ungültig und der Arbeiter hat das Recht, in solchen Fällen den Lohn nochmals in bar zu beantragen. Es wird Aufgabe der Aufsichtsbehörde sein, zu untersuchen, ob und inwieweit heute noch bei der Lohnzahlung an die Steinbrucharbeiter gesetzwidrig verfahren wird. Fest steht, daß das Markensystem heute noch in Belpfe stark im Schwange ist, und jedenfalls nicht ohne Grund.

Der Polier, also der Vorgesetzte der Arbeiter, als Lieferant von Lebensmitteln, Bier, Schnaps usw., das ist eine Einrichtung, die ganz natürlich zu schweren Mißständen führen muß und gefährl hat. Das ist nicht weiter als eine Verfeinerung, eine andre Art des sogenannten Trudhsystems, das der Gesetzgeber wegen seiner verderblichen Folgen verboten und mit Strafe bedroht hat. Tatsächlich bleibt vielen Arbeitern von ihrem Lohne nichts übrig als

einige Nidel und selbst die nicht einmal. Zum Sparen, um nur ein Kleidungsstück anschaffen zu können, reicht es sogar bei manchem nicht. Es gibt dort Leute, die Werktags wie Sonntags in der gleichen, vielfach zerrissenen Arbeitskleidung und in Holzpantinen einhergehen, denen es nicht einmal zum Anschaffen von Stiefeln reicht. Wer halbwegs anständig im Zeug sein will, der muß hungern und dursten, muß auf warmes Mittagessen verzichten und sich mit Schmalzbrat, höchstens einem Stück Wurst dazu, begnügen. Wo soll da Kraft zur Arbeit und Widerstandsfähigkeit gegen den giftigen Sandsteinstaub herkommen?

Solche schändlichen Zustände herrschen in dem gottverlassenen Belpfer Binnel. Die Poliere freilich gedeihen gut dabei und bringen es in kurzer Zeit zu ansehnlichem Wohlstand und auch die Unternehmer bereichern sich an dem Elend der Armen.

Das aufreizende Bild von der Steinarbeiterhölle von Belpfe wird noch vervollständigt durch einen Blick in die sogenannten Wohnungen der Sandsteinflaven. Da sieht man sie hausen, Hunderte von Arbeitern, in den Werkwohnungen, in engen, kalten Räumen zusammengedrängt. Die schmalen, denkbar primitivsten Bettgestelle sind doppelt und dreifach übereinander gebaut. In der Bettstatt nichts weiter als ein Strohsack — ein Kopfpolster, ebenfalls von Sackleinen, mit Stroh gefüllt, — zwei Pferdebeden — sonst nichts. Selten sieht man ein Keintuch über dem schmutzigen, rauhen Strohsack, noch seltener einen Ueberzug über den Pferdebeden, oder Federbetten. Decken und Strohsack sind mitunter in einem höchst unappetitlichen Zustande. Wir glauben nicht, daß die gefestlich vorgeschriebenen Reinigungen des Bettes eingehalten werden. Die Schlafräume, die zumest gleichzeitig als Wohnraum dienen, entbehren selbst des allerbilligsten Komforts. Ihre Wände sind fast sämtlich noch kahl als Kasernenstuben oder Zuchthauszellen. Betten und Verpflegung eines Soldaten oder eines Gefängnissträflings könnten in der Tat den Reiz der schwer arbeitenden Sandsteinflaven erregen. Eine herrliche „göttliche Weltordnung“, die einem freien Lohnarbeiter, trotz eisernen Fleißes, bei harter Arbeit weniger bietet, als die Kaserne oder das Zuchthaus!

Selbst der einfachste Vorhang fehlt vielfach an den Fenstern. Ein primitiver Tisch, eine Bank, ein defekter Kanonenofen, einige leere Heringsdosen als Waschgefäße und ein ganz schmales Schränkchen, wenn es hochkommt, das ist die ganze Ausstattung der Räume, die den Sandsteinflaven nach vollbrachtem Tagewerk und am Sonntag als „Erholungsraum“ dienen. Dabei sind die Räume verschiedentlich viel zu klein. Wir fanden einen mit sechs Arbeitern und sechs Betten belegten Schlaf- und Wohnraum von 5,10 Metern Länge, 3,55 Metern Breite und 2,17 Metern Höhe. Auf jeden der hier hausenden Arbeiter kommt demnach ein Raum von nur 6 1/2 Kubikmetern. Dafür würde sich ein anständiger Zuchthaussträfling bedanken, der verfügt über das Dreifache an Luftraum in seiner Zelle. Die Ministerialverordnung schreibt zwar auch einen Mindestluftraum von 12 Kubikmetern pro Arbeiter vor. Hier, und wer weiß in wieviel Fällen noch, hatten die Arbeiter nur die Hälfte davon. Es liegen also offensichtlich gefelichte Werkstücke vor, die in Anbetracht der ungesunden Arbeit doppelt schwerwiegend sind. Die aufsichtführenden Organe des Klassenstaates, die eifrig auf dem Posten sind, wenn es irgendwo ehrlöse, freibrechende Lumpenkerle zu beschützen gilt, sie sind solchen gemeingefährlichen Zuständen gegenüber anscheinend blind und taub. Wenn aber Arbeiter kommen, um Aufrklärung zu verbreiten und diese schmachvollen Zustände zu beseitigen, so werden sie von den Nutznießern dieser Schande bekämpft und von den hurrapatriotischen, nationalen Parteien als Verhörer und Vaterlandsfeinde gehindert und beschimpft.

Nur eines kann hier helfen. Und das ist die Arbeiterkraft selbst, indem sie ihre Augen öffnet, sich ermannt und sich einmütig der Organisation anschließt. Dieser als sie jetzt im Elend steden, können die Steinbrucharbeiter überhaupt nicht mehr herabstinken. Es kann nicht schlechter, es kann höchstens besser für sie werden. Und es wird und muß gelingen, auch den Belpfer Sandsteinflaven ein menschenwürdiges Los zu erkämpfen, wenn es auch schwer fällt. Mannesmut und Arbeitertrug gehören dazu und die feste Hoffnung auf eine bessere Zukunft, die nur durch Einigkeit und Anchluss an den Steinarbeiterverband errungen werden kann.

### Die Entscheidung des Papstes in der Gewerkschaftsfrage.

Was lange erwartet worden ist, ist eingetroffen. Papst Pius X. hat sich für die katholischen Fachabteilungen und gegen die interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften erklärt. Wenn der Papst auch nicht ein direktes Verbot der christlichen Gewerkschaften ausgesprochen hat, so ist sein Verdict in der Gewerkschaftsfrage nichts weniger als eine Aufforderung an die christlichen Gewerkschaften Deutschlands, sich die Taktik und die Prinzipien der katholischen Arbeiterbewegung (Berliner Richtung) zu eigen zu machen. Wie es zu diesem hochbedeutsamen und entscheidenden Schritt des kirchlichen Oberhauptes gekommen ist, darüber erfahren wir folgendes: Für den dritten Pfingsttag hatte der Verband katholischer Arbeitervereine (Sitz Berlin) nach Berlin seine diesjährige Generalversammlung einberufen. Um ein Urteil und den Segen des Papstes zugunsten der Generalversammlung und deren Arbeiten zu erwirken, war der Pfarrer Beyer vom Verbands nach Rom entsandt worden. Beyer überreichte dem Papst eine S u l d i g u n g s a d r e s s e, in der auf die Ziele und das Wesen der „Berliner“ hingewiesen wird, aber auch auf die Kämpfe, in die die Fachabteilungen wegen ihrer Grundsätze mit den christlichen Gewerkschaften verwickelt werden.

Die Adresse legt dem Papst auseinander, daß der Berliner Verband das wirtschaftliche Leben als Mittel zum Zweck für das übernatürliche Leben und letztes Ziel in Gott betrachtet wissen will. Der Grundsatz, daß die Arbeit und das Wirtschaftsleben als „rein wirtschaftlich“ anzusehen sind, ist zu verwerfen. Weiter spricht die Adresse u. a. von den Pflichten der Arbeiter den Arbeitgeber gegenüber. Zwischen dem Stande der Arbeitgeber und dem der Arbeiter bestehe kein natürlicher Gegensatz und darum hätten Arbeitgeber und Arbeiter friedlich zusammen zu wirken. Dann heißt es weiter:

Gerade um dieses friedlichen Zusammenwirkens willen ist aber unser Verband Gegenstand der heftigsten Anfeindungen seitens aller jener Arbeiterverbände geworden, welche ihre Position vorzugsweise auf den wirtschaftlichen Machtkampf setzen. Der Verband der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) erstrebt den Frieden in der Gesellschaft und erweist sich deshalb als eine eminent staatszerhaltende Macht, als festes Bollwerk gegen den Umsturz, sowie als sichere Stütze der gesellschaftlichen Ordnung und staatlichen Autorität.

Die der Verband der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) gemäß den Weisungen der Kirche ganz auf der Religion aufgebaut ist und deren Lehren im praktischen Leben mit Erfolg zu verwirklichen strebt, so erklärt er auch, daß sowohl seine einzelnen Mitglieder, als insbesondere auch die die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse erstrebenden Gewerkschaftsorganisationen als solche in Fragen der Religion und Moral derjenigen Jntanz unterstehen, welche Gott selbst als Hüterin seines Gesetzes eingesetzt hat und zwar auch für das öffentliche Leben. Offen und frei bekennend sich deshalb der Berliner Verband in seinem ganzen Wirken zur Autorität des hl. Stuhles und der von Gott gesetzten Hirten der Kirche, wohl wissend, daß alles Heil und alles Wohl der Einzelnen wie der gesamten menschlichen Gesellschaft nur durch die Verbindung mit derjenigen Autorität zu erzielen ist, welche Gott selbst zur Verkündung seines Gesetzes eingesetzt hat.

Nochmals wird auf den Kampf hingewiesen, den der Berliner Verband wegen seiner Grundsätze zu bestehen hat und es wird der Papst, wie erwähnt, um seinen Segen für die Generalversammlung in Berlin angefleht. Daraufhin antwortete der Papst:

Ich kenne eure Grundsätze und eure Bestrebungen und besonders auch die Differenzen zwischen eurer Organisation und andern. Euch lobe, Euch billige ich, und Euch ermahne ich an (vos aprobo) und mit allen Kräften strebe ich an, daß alle eure Grundsätze sich zu eigen machen mögen. Die andern billige ich nicht (reprobato); ich verdamme sie nicht; denn es ist nicht meine Sache, zu verdammen; jedoch ihre Grundsätze, welche falsch sind, kann ich nicht anerkennen (approbare non possum). — Wenn die wirtschaftliche Seite des Lebens von der Religion getrennt wird, so, daß dieselbe nicht den ganzen Menschen und die ganze Organisation durchdringt (compennetret), so müssen sich daraus traurige Folgen (funestae) ergeben. Wenn man nämlich die Religion von einer Betätigung des Lebens ausschließt, z. B. von den wirtschaftlichen Bestrebungen, so wird sie bald auch von andern auf das praktische Leben gerichteten Fragen ausgeschlossen werden, und so wird man bald zum Konfessionalismus, d. h., zur Zeugung aller Religion auf schnellstem Wege gelangen. Deshalb kann ich derartige Organisationen nicht billigen.

Man kann auch nicht das Individuum, das einzelne Mitglied von der Organisation trennen, so daß man sagt, die einzelnen Mitglieder unterstehen zwar der Autorität der Kirche, nicht aber die Organisation als solche; das ist unrichtig, unhaltbar und undenkbar. Die Kirche hat auch den Organisationen zu gebieten.

Sage Deinen Freunden und den lieben Arbeitern: Der hl. Vater billigt ihre Bestrebungen in allem und stimmt mit Euch überein und fühlt mit Euch und wünscht lebhaft (vehementer), daß alle andern Arbeiterorganisationen mit Euch übereinstimmen sollen (conveniant). Ich will, daß Du allen Präsidien und Mitgliedern sagest: der Papst erteile ihnen aus ganzem Herzen seinen Segen und bitte sie, daß sie auf dieselbe Weise wie bisher fortfahren mögen, nicht allein für das irdische, sondern auch für das geistliche Wohl der Arbeiter zu wirken.

Als Pfarrer Beyer diese Kundgebung des Papstes der Generalversammlung vorgelesen hatte, brach ein unbeschreiblicher Jubel bei den Delegierten aus. Und die „Berliner“ haben ein Recht, aufjubeln. Was der Papst in seiner Antwort auf die Suldigungsadresse zum Ausdruck gebracht hat, ist die uneingeschränkte Anerkennung der Berliner Grundsätze und eine Ablehnung der M.-Glabacher interkonfessionellen Gewerkschaftsprinzipien. Der Papst verdammt die christlichen Gewerkschaften nicht direkt, aber was er diesen zu sagen hat, ist nichts anderes, als daß er ihnen befiehlt, sich die gewerkschaftlichen Prinzipien der „Berliner“ anzueignen und sich der Autorität der katholischen Kirche in gewerkschaftlichen Fragen unterzuordnen.

Die Folgen dieser päpstlichen Kundgebung sind jetzt noch nicht abzusehen. Jedenfalls dürfte die Kundgebung wie eine Bombe in das christliche Gewerkschaftslager hineinschlagen. Die christlichen Gewerkschaftsführer werden starr und entsetzt sein. Wo wird der Hohn und Spott bleiben, mit dem sie jedermann überschütteten, der die christlichen Gewerkschaften daran erinnerte, daß Rom sich entscheidende Schritte in der Gewerkschaftsfrage vorbehalten habe, daß das Urteil des Papstes über die christlichen Gewerkschaften nach den Reichstagswahlen gesprochen werde. Hier liegt jetzt das Urteil vor. Sind die Stieberts, Stegerwald, Wieber, Schiffer usw. die „treuen Söhne der katholischen Kirche“, als die sie sich hinstellten, dann werden sie jetzt die Konsequenzen ziehen müssen. Wir werden ja in diesen Tagen noch sehen, nach welcher Richtung hin das geschieht. Auf alle Fälle haben wir mit einer besonderen U m w a n d l u n g der christlichen Gewerkschaften zu rechnen. Warten wir sie in Ruhe ab.

tralen Provinzen, anzutreffen gewesen sein muß. Wenn auch gewiß nicht alle Tage der Reisezug eines großen und reichen Kämers mit Dutzenden von Wagen, mit Scharen von Sklaven zu sehen gewesen sein mag, so waren doch die altrömischen Landstraßen immer bedeckt mit Fuhrwerken, in denen Staatsbeamte wichtige Aufträge in die Provinzen brachten, mit Wagen, in denen rechnende Kaufleute den Gewinn einer langen Reise überdachten, mit Wagen, die unter der Last aller der Waren knirschten, die zur Ernährung, zur Bekleidung und zur Unterhaltung der Bevölkerung in der Reichshauptstadt bestimmt waren. Dazwischen fuhren Wagen mit Schaupielern, Musikanten und Akrobaten, die Landstraßen waren bedeckt mit langen Wagenzügen, die für die Soldaten an den entfernteren Grenzen des Reiches Proviant, Waffen, Werkzeuge, Kleidungsstücke brachten. Große Herden von Sklaven wurden auf den Landstraßen in das Innere der Provinzen und in die Hauptstadt getrieben und in umgekehrter Richtung marschierten lange Reihen römischer Soldaten an die Grenzen, um die neuen Gebiete zu erobern, um eroberte Gebiete zu besetzen, um die militärische Macht an den Grenzen zu verstärken oder abzulösen. Maultierreiter fluchten und schimpften auf den Straßen und stinke Käufer und Reiter eilten vorüber, um Anordnungen für die Güterverwalter in den Provinzen zu überbringen. So abwechslungsreich und vielgestaltig verlief das Leben und Treiben an und auf den Landstraßen des römischen Reiches. Man kann diese Zeit als die klassische Zeit des Landstraßenverkehrs bezeichnen. Niemals wieder wurde dem Ausbau der Landstraßen eine solche Aufmerksamkeit zugewendet wie im alten Rom, niemals aber auch kann der Landstraßenverkehr wieder die Wichtigkeit erhalten, wie dies im alten Rom der Fall war. Die Geschichte der Landstraße und des Landstraßenverkehrs ist zum guten Teil auch eine Geschichte des römischen Reiches. Wer die Geschichte der Landstraße studieren will, muß in erster Linie die Geschichte der römischen Landstraßen studieren. Ohne Landstraßen wäre das römische Reich in seiner gewaltigen Ausdehnung gar nicht möglich gewesen, hätte auch die Hauptstadt Rom nicht eine Millionenbevölkerung ernähren können.

### Ueber das Altern und Sterben der Gebirge.

Vor einiger Zeit hielt Professor Dr. Albert Heim im Schweizerischen Alpenklub einen sehr interessanten Vortrag. Früher — so führte er aus — meinte man, die Alpen müßten vom Altersten sein. Dann bewiesen Versteinerungsfunde, daß geologisch gesprochen, sehr junge Meeresablätze im Innern der Alpen eingefaltet sind und bis über 3000 Meter hoch liegen. Schon daß die Alpen noch da sind, beweist ihre geologische Jugendlichkeit. Der Vorgang der Faltung der Gebirge (vulkanische Ausbrüche oder Bewegung der Erdrinde) und der Vorgang der Abwitterung arbeiten gleichzeitig nebeneinander. Die Abwitterung besteht aus zwei einander unterstützenden, aber an sich sehr verschiedenen Vorgängen, aus Erosion durch fließendes Wasser, das mittels der Geschiebe nur die Talgründe und Rinnen einschneidet und die hineinfallenden Trümmer ausfüllt, und aus Verwitterung, die die Gehänge abflacht und die Oberflächen nach der Festigkeit der Gesteine modelliert.

In den Muldenfalten des Juragebirges liegen noch Reste von Molassefalten. Die Molasse (Sandstein) ging einst über den ganzen Jura hinweg; sie ist von den Ketten abgewittert. Diese Ketten wären sonst noch einige hundert Meter höher. In den Alpen zeigen die nördlichen Ketten (Santis-Pilatus) ähnliche Erscheinungen. Schon hat die Verwitterung tiefer hinein abgetragen und die Platten der festeren Gesteine aus den weichen Massen herausgeschält. Davon rühren die scharfen Formen dieser Berge her. Der Mürtsthorst ist nur noch eine mauerförmige Ruine von einer etwa 600 Meter mächtigen Kalksteinplatte, die sich einst bis ins Rheintal erstreckte. Ueber dem Tödi fehlen die Bifertenstockkreibe, die Glarnerthieser, der Sernitt des Rappstods, die Mürtsthorstgesteine und die Churfirnstengesteine und noch mehr, zusammen über 400 Meter. Das Finsteraarhorn entspricht der höher gelegenen Basis des Tödi. Ueber seinem Gipfel fehlen 5000 bis 6000 Meter Gestein. Aus diesen und vielen andern Beispielen geht hervor, daß das, was in den Zentralalpen heute noch über dem Meerespiegelniveau hervorsticht, kaum ein Fünftel dessen ist, was einst über Meer aufgestaut war. Vier Fünftel sind abgewittert. Ursprüngliche Oberflächengestalt ist nirgends mehr zu finden; als jegige Ober-

flächengestalt ist aus einem ursprünglich mächtigeren, plumperen Gebirgskörper durch die Abwitterung herausmodelliert worden. Die Berge sind die zwischen den Talzungen gebliebenen Ruinenreste.

Wo liegt nun aber der Schut? Die Molassekonglomerate von Nigi, Hoberg und Speer, die Molasse Sandsteine des Schweizerischen Mittellands bis über Jura und Rhein hinaus sind die älteren Abwemmprodukte. Die Rheinebenen von Basel bis Holland, die Poebene, das Rhonedelta und die Donauausflimmungen bis ins Meer hinaus sind viele Hunderte von Metern dicker Alpengestein, und ausgehöhlte Ablagerungen am Grund der Meere um Europa herum aus diluvialer und jüngerer Zeit sind zu einem großen Teil abgewemmter Verwitterungsschutt aus den Alpen. . . Greift das länderfressende Meer an ein Gebirge, so erzeugt es Steilküste, die immer einwärts greift, und alles, was über das Meeresniveau ragt, wird zerstört, abtransportiert von der Erdoberfläche und mit jüngerem Meeresablätze bedeckt. Der Festlandstos des Gebirges läßt als Leiche ein welliges Hügelgland zurück, der Meeresstos einen untersten Meergrund, der später wieder Festlandsebene werden kann.

Der Harz ist ein Rest eines gewaltigen Alpengebirges, das von den Ablagerungen der Triaszeit, also um drei bis vier geologische Perioden früher als die Alpen, aufgefaltet worden war. West- und Ostteil ist vom Meer abgetragen; der noch vorhandene mittlere Duerweert zeigt die tiefgehende Faltung quer zu dem noch gebliebenen Rumpff verlaufend. Der Ural ist ein Rumpffgebirge, das von Osten her durch das sibirische Tertiarmeer abgetragen und in seinen vom Meer verflachten Resten zu Hügelgland zusammengeschwunden ist. Der Schwarzwald zeigt in seinen tieferen Teilen ebenfalls die Faltenstruktur und die aufgerichteten Schichten eines früheren Kettengebirges von alpinem Charakter. Dann ist alles abgewittert und abgetragen worden und das Land in der Triaszeit unter Meer versunken. Erst nach der Jurazeit tauchte es wieder auf und stieg langsam zum jetzigen Plateaugebirge auf. An Stelle eines abgetragenen Kettengebirges hat sich hier ein neues Gebirge anderer Art erhoben. Schweden, Finnland, Schottland, die Ardenen, die Bretagne, der Taunus zeigen ähnliche Erscheinungen. Sie alle sind in ihrer Faltung viel, viel älter als die Alpen und fast ganz von Abwitterung abgetragen.